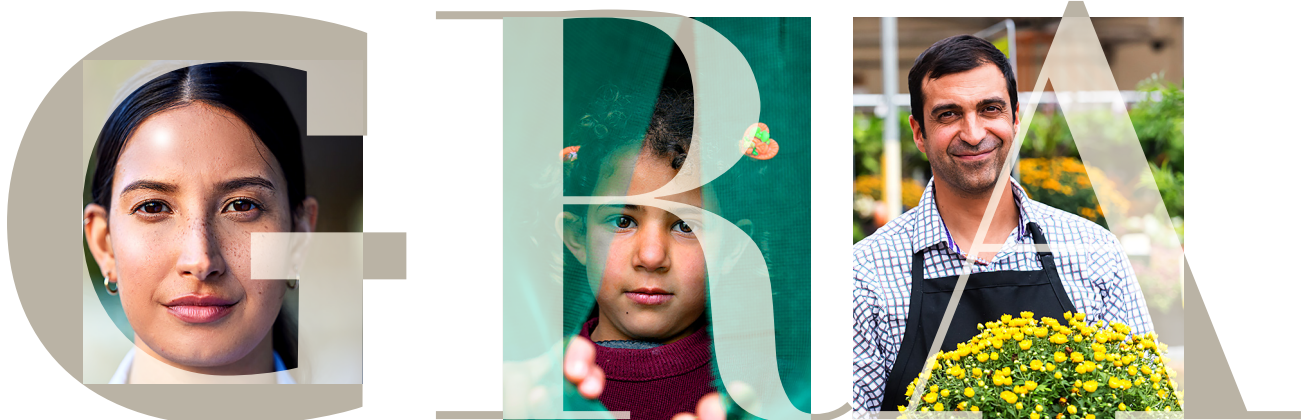


STAND DER INTEGRATION VON EINGEWANDERTEN





Stand der Integration von Eingewanderten – Deutschland

Bildnachweis

- © AleksandarNakic / iStock by Getty Images
- © blvdone / Shutterstock
- © Jacob Lund / Shutterstock
- © Juanmonino / iStock by Getty Images
- © Juanmonino / iStock by Getty Images
- © Kiselev Andrey Valerevich / Shutterstock
- © PeopleImages.com - Yuri A / Shutterstock
- © Richard Juilliant / Shutterstock
- © SeventyFour / Shutterstock

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.



Stand der Integration von Eingewanderten: **DEUTSCHLAND**

Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten das OECD-Land mit der in absoluten Zahlen zweitgrößten Einwanderungsbevölkerung. Daher ist die Integration von Eingewanderten in Deutschland ein zentrales Thema für die Politik. Die vorliegende Studie zum *Stand der Integration von Eingewanderten – Deutschland*, die erste in einer neuen Publikationsreihe der OECD, liefert einen Überblick über die Integrationsergebnisse von Eingewanderten und ihren Nachkommen in Deutschland im internationalen Vergleich (**Kasten 1**). Sie befasst sich mit den wichtigsten Merkmalen der Einwanderungsbevölkerung und zentralen Fragen der Integration in Deutschland. Der Vergleich mit anderen wichtigen Einwanderungsländern im OECD-Raum ermöglicht es, die besonderen Integrationsherausforderungen aber auch die Stärken Deutschlands in diesem Bereich aufzuzeigen.¹ Das OECD-Sekretariat dankt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die 2022 auch zur Antirassismusbefragten berufen wurde, für ihre Unterstützung bei der Erstellung der Studie.

Diese Studie beruht auf den gemeinsamen Integrationsindikatoren von OECD und EU (vgl. OECD/Europäische Kommission, 2023^[1]) sowie anderen von der OECD erhobenen Vergleichsdaten. Zusätzliche Analysen wurden anhand von länderübergreifenden Erhebungen durchgeführt, wie der EU-Arbeitskräfteerhebung (EU-AKE), der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), der Europäischen Sozialerhebung (ESS) und der Internationalen Schulleistungsstudie der OECD (PISA).

1

Kasten 1 **Definition der Einwanderungsbevölkerung**

Diese Studie definiert Eingewanderte bzw. Migrant*innen als Personen, die außerhalb Deutschlands geboren sind, unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. In Deutschland Geborene werden als im Inland Geborene bezeichnet. Diese Definition trägt der Tatsache Rechnung, dass sich die Staatsangehörigkeit ändern kann, der Geburtsort jedoch nicht. Außerdem sind die Voraussetzungen für die Erlangung der Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes von Land zu Land unterschiedlich, weshalb sich internationale Vergleiche anhand dieses Kriteriums nur schwer durchführen lassen. Die Begriffe „Migrationshintergrund“ oder „Einwanderungsgeschichte“ werden in dieser Studie vermieden, weil sie häufig sowohl für Eingewanderte als auch für deren im Inland geborene Kinder verwendet werden. In dieser Studie werden die Integrationsergebnisse dieser beiden Gruppen – d. h. der im Ausland Geborenen und der im Inland Geborenen mit zwei im Ausland geborenen Elternteilen – hingegen getrennt untersucht.² Im Ausland Geborene, vor allem solche, die im Erwachsenenalter eingewandert sind, stehen effektiv vor anderen Herausforderungen als ihre Kinder, die im Aufnahmeland geboren und aufgewachsen sind.



1. In diesen Vergleich einbezogen sind neben Deutschland Australien, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, Spanien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Sie werden in diesem Bericht als „Hauptzielländer“ bezeichnet.

2. Die in dieser Studie verwendete Terminologie unterscheidet sich vom Konzept der „Eingewanderten und ihrer (direkten) Nachkommen“, das in Deutschland verwendet wird und 2021 von der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit empfohlen wurde. Nach der Definition der Fachkommission wird bei Menschen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind, von einer Einwanderungsgeschichte gesprochen. 2021 hatten fast 19 Millionen Menschen in Deutschland, d. h. etwa 23 % der Bevölkerung, eine Einwanderungsgeschichte.



Inhalt

2

| | |
|-----------|--|
| 3 | Zusammenfassung |
| 5 | I. Kontext der Integration von Eingewanderten |
| 9 | II. Das Potenzial von Eingewanderten ausschöpfen |
| 9 | II.1. Die Arbeitsmarktintegration fördern |
| 12 | II.2. Den Kompetenzerwerb fördern |
| 16 | III. Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen |
| 16 | III.1. Geschlechtsspezifische und familiäre Aspekte berücksichtigen |
| 18 | III.2. Die Integration von Geflüchteten fördern |
| 22 | III.3. Chancengleichheit für Kinder von Eingewanderten sicherstellen |
| 27 | IV. Eine auf Gleichberechtigung und Teilhabe basierende Gesellschaft schaffen |
| 27 | IV.1. Gleiche Lebensbedingungen fördern |
| 28 | IV.2. Die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Wahrnehmung angehen |
| 29 | IV.3. Gegen Diskriminierung vorgehen |
| 31 | IV.4. Hindernisse für die politische und gesellschaftliche Teilhabe beseitigen |
| 34 | V. Schlussfolgerung |
| 35 | Literaturverzeichnis |





Zusammenfassung

Deutschland hat eine lange Einwanderungsgeschichte. Es ist das zweitgrößte Aufnahmeland von Migrant*innen im OECD-Raum. 2022 lebten dort über 14 Millionen Eingewanderte. Seit 2022 sind zudem mehr als eine Million vorübergehend Schutzberechtigte aus der Ukraine und rd. 600 000 Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Dies sind absolut gerechnet mehr als in jedem anderen europäischen OECD-Land.

Die Eingewanderten in Deutschland kommen aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen. Auch die Gründe, die sie zur Migration bewegten, sind sehr unterschiedlich. Daher unterscheidet sich auch ihr Integrationsbedarf. Zu den historisch bedeutenden Einwanderungsgruppen gehören die ehemaligen Gastarbeiter*innen und ihre Familien aus dem Mittelmeerraum sowie die deutschstämmigen (Spät-)Aussiedler*innen aus Mittel- und Osteuropa. In den letzten zehn Jahren kamen die meisten Migrant*innen jedoch im Rahmen der EU-Freizügigkeit nach Deutschland. Während die Bedeutung dieser Kategorie langsam abnimmt, führen Initiativen zur Gewinnung von Talenten aus dem Ausland zu einem steten Anstieg der Zahl der Arbeitsmigrant*innen aus Nicht-EU-Ländern. Darüber hinaus ist Deutschland zu einem wichtigen Zielland für Geflüchtete geworden, die vor Kriegen und Verfolgung in ihren Herkunftsländern fliehen.

Seit etwa zwanzig Jahren steht das Thema Integration weit oben auf der politischen Agenda und Deutschland investiert große Summen in die Integration von Neueingewanderten. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich diese hohen Investitionen bezahlt machen. Die Arbeitsmarktergebnisse von Migrant*innen sind gut im Vergleich zu anderen Ländern. 2022 erreichte ihre Erwerbstätigenquote in Deutschland ein Rekordhoch von 70 % und war damit deutlich höher als in den meisten anderen EU-Vergleichsländern. Insbesondere die umfassende Sprachförderung scheint sich positiv auszuwirken: Die Sprachkenntnisse Eingewanderter haben sich in Deutschland stärker verbessert als in den meisten anderen EU-Ländern.

Eingewanderte mit sehr niedrigem Bildungsniveau (höchstens Grundschulbildung) stehen bei der Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt jedoch vor Herausforderungen. Diese Gruppe macht mehr als ein Sechstel der Einwanderungsbevölkerung aus, und ihr Anteil ist in den letzten zehn Jahren gestiegen. Nur die Hälfte dieser Migrant*innen ohne Grundqualifikationen ist erwerbstätig, und nur ein Viertel erreicht nach mindestens fünf Jahren Aufenthalt ein fortgeschrittenes Deutschniveau. Aufgrund ungünstiger Bedingungen in ihren Herkunftsländern hatten viele von ihnen vor der Migration nur begrenzte Bildungsmöglichkeiten und nur wenige setzen ihren Bildungsweg in Deutschland fort.

Obwohl in Deutschland ein starker Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund und dem Bildungserfolg besteht, erzielen im Inland geborene Kinder eingewanderter Eltern dort bessere Bildungsergebnisse als in den meisten vergleichbaren Ländern. Seit Anfang der 2000er Jahre haben sich ihre Schulleistungen deutlich verbessert. Zudem verzeichneten sie nach den langen bundesweiten Schulschließungen während der Coronapandemie nur einen leichten Leistungsrückgang. Für Schüler*innen, die selbst nach Deutschland eingewandert sind, stellt sich die Situation allerdings ganz anders da. Ihre Bildungsergebnisse sind – unabhängig vom Alter bei der Einreise – ungünstiger als die vergleichbarer Schüler*innen in anderen Hauptzielländern. Außerdem hat sich der bereits bestehende Leistungsabstand gegenüber den im Inland geborenen Schüler*innen in den letzten Jahren weiter vergrößert, was eine Folge der Schulschließungen während der Coronapandemie sein könnte.

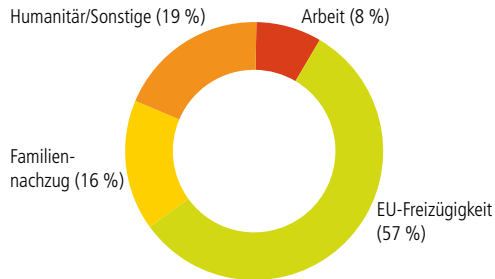
Diskriminierung stellt nach wie vor eine Herausforderung dar. Der Anteil der Eingewanderten aus Nicht-EU-Ländern, die den Eindruck haben, einer diskriminierten Gruppe anzugehören, hat in den vergangenen Jahren zugenommen und betrug zuletzt ein Fünftel. Andere Indikatoren der sozialen Integration sind jedoch recht günstig, was auch für die Lebensbedingungen gilt. Der Anteil der Migrant*innen, die in relativer Armut leben, ist geringer als in den meisten anderen Hauptzielländern. Bei der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe bestehen zwar noch Lücken, in den letzten zwanzig Jahren hat sich die Situation aber deutlich verbessert.



Zahlen und Fakten

Deutschlands Migrationslandschaft ist vielfältig

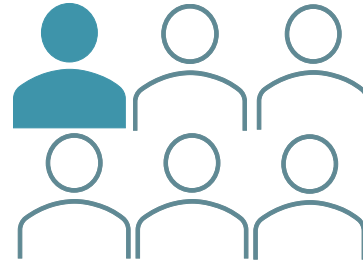
Aufenthaltszweck, dauerhafte Zuzüge nach Deutschland, 2011–2020, alle Altersgruppen



Seit 2016 ist der Anteil der Einwanderung aus anderen EU-Ländern gesunken, während die Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Ländern nach und nach gestiegen ist.

Mehr als ein Sechstel der Eingewanderten besitzt höchstens Grundschulbildung

Bildungsniveau, Eingewanderte im Erwerbsalter

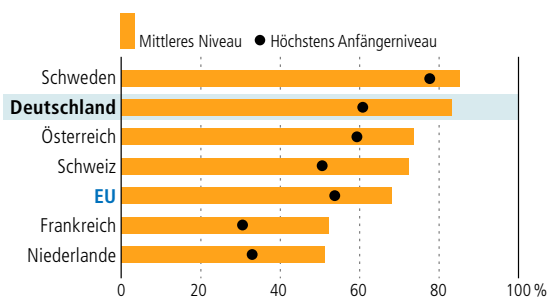


Die Erwerbstätigenquote in dieser Gruppe ist niedrig, Eingewanderte, die den Sekundarbereich I abgeschlossen haben, liegen inzwischen jedoch gleichauf mit den im Inland Geborenen.

4

Eingewanderte erzielen gute Fortschritte beim Spracherwerb

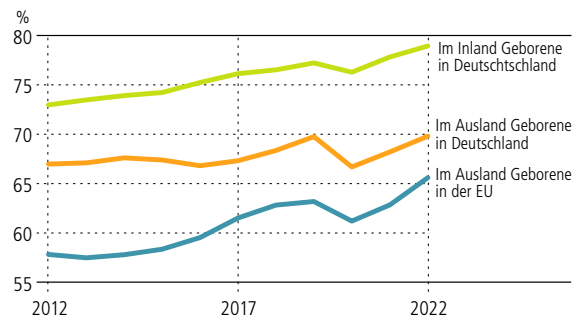
Anteil der Eingewanderten im Erwerbsalter, die nach mindestens 5 Jahren Aufenthalt fortgeschrittene Sprachkenntnisse erworben haben, nach Niveau vor der Einwanderung, 2021



Mehr als die Hälfte der Eingewanderten im Erwerbsalter hat an einem Sprachkurs teilgenommen. Dies ist einer der höchsten Werte in den europäischen OECD-Ländern.

Die Erwerbstätigenquoten der Eingewanderten sind auf Rekordniveau

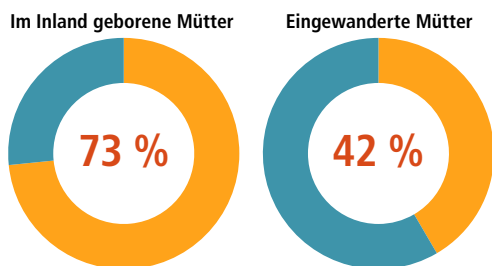
Anteil der Erwerbstätigen, im Inland geborene Bevölkerung und Eingewanderte im Erwerbsalter, 2012–2022



In den letzten zehn Jahren sind die Erwerbstätigenquoten von Langzeitmigrant*innen deutlich gestiegen.

Eingewanderte Mütter stehen auf dem Arbeitsmarkt vor besonderen Herausforderungen

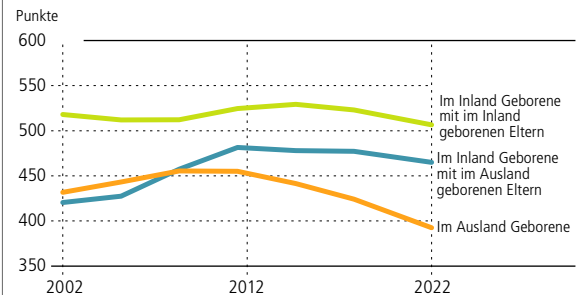
Erwerbstätigenquoten von Müttern mit kleinen Kindern (0–4 Jahre), 2019



Das Beschäftigungsgefälle zwischen eingewanderten und im Inland geborenen Müttern ist in Deutschland größer als in den meisten anderen Hauptzielländern.

Starke Bildungsrückschläge für eingewanderte Schüler*innen – nicht jedoch für Schüler*innen mit eingewanderten Eltern

Durchschnittliche Punktzahl im PISA-Bereich Lesekompetenz, 15-jährige Schüler*innen



Im Inland geborene Schüler*innen, deren Eltern eingewandert sind, erzielten in Deutschland 2022 höhere Ergebnisse als in den meisten anderen Ländern. Für Schüler*innen, die selbst eingewandert sind, war jedoch das Gegenteil der Fall.

Kontext der Integration von Eingewanderten

Das Wichtigste in Kürze:

- Deutschland erlebte in den vergangenen siebzig Jahren mehrere Einwanderungsbewegungen aus verschiedenen Herkunftsregionen, die unterschiedliche Gründe hatten. Daher ist die Einwanderungsbevölkerung in Deutschland sehr heterogen.
- Diese Heterogenität drückt sich auch im Bildungsniveau aus. In den letzten Jahren ist der Anteil der Migrant*innen mit hohem Bildungsniveau gestiegen. Zugleich fehlt es aber einem erheblichen Anteil der Eingewanderten an Grundqualifikationen.
- Die Bundesregierung hat verstärkte Anstrengungen unternommen, um qualifizierte Arbeitsmigrant*innen aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben. Diese Gruppe dürfte in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.

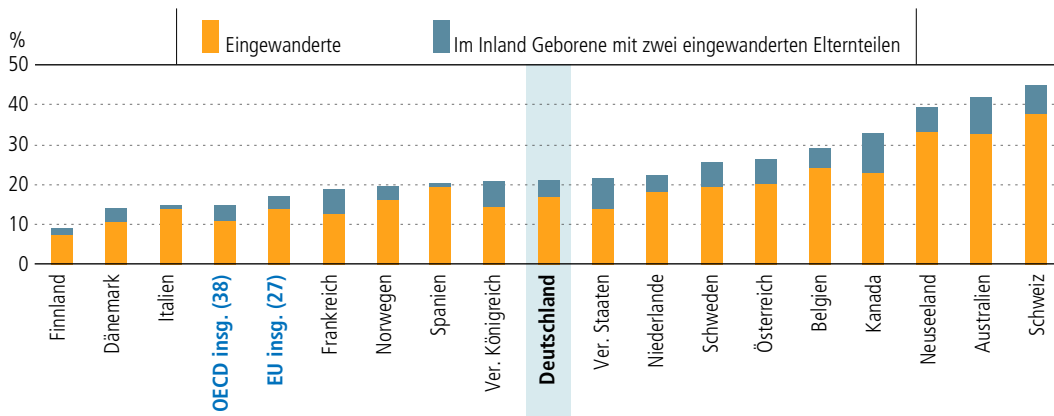
Die Integrationsergebnisse hängen nicht nur von der Integrationspolitik ab, sondern auch von der Arbeitsmarktsituation im Aufnahmeland und der Zusammensetzung der Einwanderungsbevölkerung. Insbesondere das Bildungsniveau und der Aufenthaltszweck (humanitäre Migration, Arbeitsmigration, Familiennachzug usw.) haben starken Einfluss auf die Integrationsergebnisse, da manche Gruppen bessere Voraussetzungen mitbringen als andere, um sich rasch im Aufnahmeland zu integrieren. Auch die Aufenthaltsdauer und das Alter bei der Einreise spielen eine wichtige Rolle, weil die Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes ein allmählicher Prozess ist. Vor diesem Hintergrund werden in diesem Abschnitt die Hauptmerkmale der Einwanderungsbevölkerung in Deutschland beschrieben.

Migrant*innen machen einen großen Anteil der Bevölkerung aus: 2022 lebten in Deutschland etwa 14 Millionen Eingewanderte, was ungefähr einem Sechstel der Bevölkerung entspricht (**Abbildung 1**). Dies stellt einen Anstieg um mehr als 4 Millionen im Verlauf von zehn Jahren dar. Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten das in absoluten Zahlen zweitgrößte Aufnahmeland von Migrant*innen im OECD-Raum, der Anteil der im Ausland geborenen

■ Abbildung 1 ■

Eingewanderte und ihre Kinder stellen in Deutschland einen großen Anteil der Bevölkerung

Anteil der Eingewanderten und der im Inland Geborenen mit zwei eingewanderten Elternteilen, alle Altersgruppen, 2021 oder letztverfügbares Jahr



Quelle: Abbildung 1.1 in OECD/Europäische Kommission (2023)¹¹.

Anmerkung: Ausgehend vom neuseeländischen General Social Survey kann die Zahl der im Inland geborenen Kinder von Eingewanderten nur auf Grundlage von Daten zu den im Inland Geborenen geschätzt werden, die bei im Ausland Geborenen aufgewachsen sind (ohne Angabe dazu, ob es sich bei einer oder beiden dieser Personen um die leiblichen Eltern handelt).



Bevölkerung ist in Deutschland jedoch geringer als in anderen Ländern, wie etwa Australien oder der Schweiz, wo die Zahl der Eingewanderten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ungefähr doppelt so hoch ist. Im Inland Geborene mit zwei im Ausland geborenen Elternteilen machen in Deutschland 5 % der Gesamtbevölkerung aus. Zusätzlich haben seit 2022 nach dem russischen Angriff auf die Ukraine mehr als eine Million ukrainische Geflüchtete vorübergehenden Schutz nach der EU-Richtlinie 2001/55/EG erhalten. Außerdem sind während der letzten zwei Jahre 600 000 Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Die überwiegende Mehrheit davon hat den Flüchtlingsstatus oder einen subsidiären Schutzstatus erlangt, häufig nach langwierigen Asylverfahren.

Etwa die Hälfte der Einwanderungsbevölkerung in Deutschland ist laut der Europäischen Arbeitskräfteerhebung 2022 weiblichen Geschlechts. Eingewanderte sind in der Bevölkerung im Erwerbsalter (15–64 Jahre) überrepräsentiert, vor allem unter den Personen im Haupterwerbsalter. Etwa 76 % der Eingewanderten befinden sich im erwerbsfähigen Alter, gegenüber nur 61 % der im Inland geborenen Bevölkerung.

Etwa drei Fünftel der Migrant*innen in Deutschland leben dort seit mehr als zehn Jahren, nur ungefähr ein Fünftel ist während der letzten fünf Jahre eingewandert. Wie in anderen Ländern auch gilt das Hauptaugenmerk der Politik der Integration von Neueingewanderten, einschließlich Geflüchteter (**Kasten 2**). Die aktuelle Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts (die es Einbürgerungskandidat*innen neben anderen Erleichterungen gestattet, unabhängig von ihrem Herkunftsland zusätzlich zur deutschen Staatsangehörigkeit ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit zu behalten) hat aber auch die Belange von seit längerem in Deutschland lebenden Migrant*innen im Blick.

6

Kasten 2 **Deutschland bietet Neueingewanderten aus Drittstaaten umfassende Integrationsunterstützung**

Deutschland leistet in vielen Bereichen Unterstützung bei der Integration (z. B. Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung). Das zentrale Element seines Programms für Drittstaatsangehörige und Eingewanderte, die Sozialleistungen beziehen, ist jedoch ein Integrationskurs mit 700 Unterrichtseinheiten (UE) à 45 Minuten. Dieser Kurs setzt sich aus einem Sprachkurs mit 600 UE (**Kasten 5**) und einem Orientierungskurs zusammen. Der Orientierungskurs ist mit 100 UE einer der längsten Kurse dieser Art im OECD-Raum.

Deutschland bietet zwar keine personalisierten Integrationspfade an, erwachsene Migrant*innen können aber individuelle Beratung zur Erleichterung der Integration in Anspruch nehmen, auch anonym, online oder in einem der 1 473 Beratungszentren.

Deutschland ist bemüht, möglichst vielen Personen Zugang zu den Standardintegrationsmaßnahmen zu bieten, und dies so früh wie möglich. Seit einer Gesetzesreform können in Deutschland – anders als in vielen anderen OECD-Ländern – beispielsweise auch Asylbewerber*innen an Integrationskursen teilnehmen. Darüber hinaus bietet Deutschland wie viele andere langjährige Einwanderungsländer Vorintegrationsmaßnahmen an und entwickelt diese weiter. Ziel ist es, realistische Erwartungen zu setzen und Migrant*innen bereits vor der Einreise mit Grundkenntnissen über Deutschland auszustatten. Ab 2026 können in ausgewählten Drittstaaten Vorintegrationsmaßnahmen angeboten werden. Dies sieht § 45b des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vor, das 2023 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde. Diese Maßnahmen sollen Menschen helfen, die nach Deutschland kommen wollen, um dort als Fachkräfte zu arbeiten oder eine Berufsausbildung zu absolvieren. Sie umfassen Beratung über Wege der regulären Migration, Sprachförderung, die Vermittlung von Kenntnissen über das Leben in Deutschland sowie Strukturen, um Fachkräfte von den Herkunftsländern bis hin zu den Beratungsstellen auf kommunaler Ebene in Deutschland zu begleiten.

Quelle: OECD, 2023^[2].



In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Deutschland mehrere wichtige Einwanderungsbewegungen verschiedener Art, die die deutsche Migrationslandschaft bis heute prägen.

Von den 1950er Jahren bis zum Wirtschaftsabschwung 1973 wurde in Deutschland die „Gastarbeiterpolitik“ verfolgt, um den Arbeitskräfteengpässen während des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegszeit zu begegnen. Dadurch kamen vor allem Männer aus dem Mittelmeerraum nach Deutschland. Anstatt wie vorgesehen in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, blieben am Ende viele von ihnen und ließen ihre Familien nachkommen.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kamen Ende der 1980er Jahre zudem zahlreiche Deutschstämmige aus Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien nach Deutschland, die sogenannten (Spät-)Aussiedler*innen. Der Höhepunkt dieser Zuzugsbewegung wurde 1990 mit fast 400 000 Personen erreicht. In der Folge wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Spätaussiedlerzuzug zu begrenzen, während die deutsche Diaspora zugleich schrumpfte. Dies führte zu einem stetigen Rückgang dieser Einwanderung seit Mitte der 1990er Jahre (Liebig, 2007^[3]).

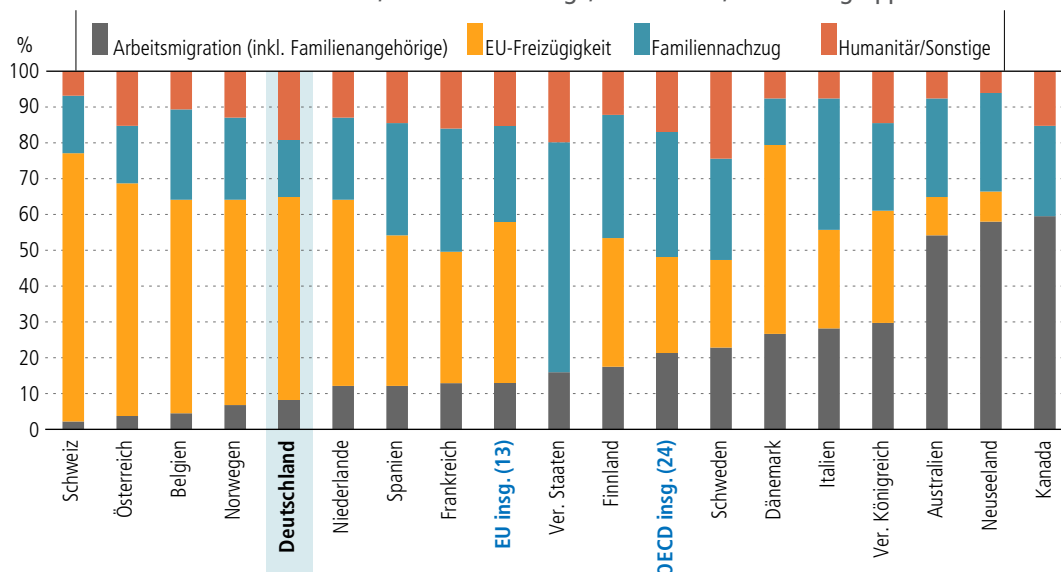
Ende der 1980er Jahre wurde Deutschland außerdem ein zunehmend wichtiges Zielland für Geflüchtete und Asylsuchende. Anfang der 1990er Jahre war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, als Deutschland mehr als 600 000 Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Duldung erteilte (dies ist ein vorübergehender Status, der kein Aufenthaltsrecht darstellt). Ungefähr 350 000 davon verließen das Land in den Jahren nach dem Dayton-Friedensabkommen wieder. Zwischen Ende der 1990er und Anfang der 2010er Jahre blieb die Zahl der Asylanträge relativ gering, anschließend stieg sie aber wieder. In den Jahren 2015, 2016 und 2017 erreichte sie 1,4 Millionen. Großenteils handelte es sich um Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Als Reaktion auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen wurden politische Anstrengungen unternommen, um die Zahl der Neuzuzüge zu begrenzen, was in den Folgejahren zu einem steilen und kontinuierlichen Rückgang führte. 2020 endete dieser Abwärtstrend jedoch und die Zahl der Asylsuchenden begann wieder deutlich zuzunehmen. Zudem wurde mehr als 1 Million Menschen aus der Ukraine vorübergehender Schutz erteilt.

In der öffentlichen Debatte liegt der Fokus zwar auf der humanitären Migration, die bei weitem wichtigste Einwanderungskategorie in Deutschland ist jedoch die EU-Freizügigkeit (**Abbildung 2**). Vor allem die beiden EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 führten zu einem Anstieg der Zuzüge aus dem EU-Ausland, die 2016 ihren Höhepunkt erreichten. Seitdem sind die Zahlen wieder etwas gesunken. Dennoch betrug der Anteil der EU-Bürger*innen unter den 640 000 Migrant*innen, die 2022 langfristig oder dauerhaft nach Deutschland kamen

■ Abbildung 2 ■

Der Großteil der dauerhaften Einwanderung nach Deutschland entfällt auf Zuzüge aus dem EU-Ausland

Aufenthaltszweck, dauerhafte Zuzüge, 2011–2020, alle Altersgruppen



Quelle: OECD Statistics - International Migration Database (IMD) 2011–2022.



(ohne Berücksichtigung der Personen mit vorübergehendem Schutzstatus aus der Ukraine), nach den standardisierten Migrationsstatistiken der OECD immer noch ungefähr die Hälfte. Die meisten davon waren Arbeitsmigrant*innen aus Mittel- und Osteuropa.

Da die Einwanderung aus dem EU-Ausland abnimmt, während die Bevölkerung zugleich altert und sich zunehmend Personalengpässe bemerkbar machen, unternimmt die Bundesregierung verstärkte Anstrengungen, um Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben. Zwischen 2011 und 2022 machten Arbeitsmigrant*innen und ihre Familien aus Nicht-EU-Ländern nur 8 % der dauerhaften Zuzüge aus, ihr Anteil ist jedoch stetig gestiegen und lag 2022 bei 14 %. In Zukunft dürfte diese Gruppe weiter an Bedeutung gewinnen.

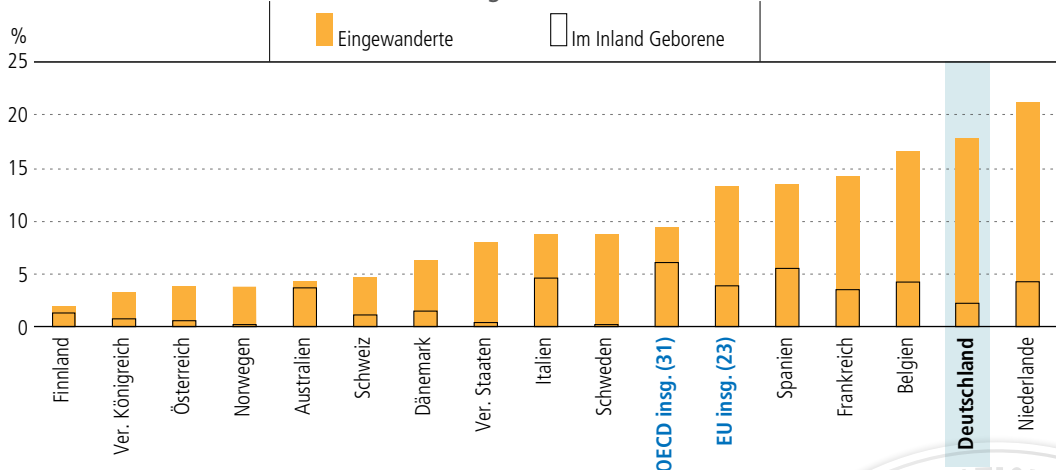
Die aus den verschiedenen Migrationsbewegungen resultierende heterogene Zusammensetzung der Einwanderungsbevölkerung spiegelt sich auch in den Herkunftsländern wider. Das wichtigste Herkunftsland ist Polen, ungefähr zwei Drittel aller Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter kommen jedoch aus dem Nicht-EU-Ausland, hauptsächlich aus Türkei, der Russischen Föderation und Syrien. Damit unterscheidet sich Deutschland von Ländern wie Frankreich, die weniger Flüchtlinge aufnehmen und in denen die Migrationsbewegungen durch ehemalige Kolonialbeziehungen geprägt sind. Deshalb ist die Einwanderungsbevölkerung in Bezug auf Sprache und Herkunftsregion dort homogener.

Das Bildungsniveau der Eingewanderten ist in Deutschland u. a. aufgrund des hohen Geflüchtetenanteils im internationalen Vergleich relativ niedrig. Viele Geflüchtete hatten vor der Migration keinen oder nur begrenzten Zugang zu Bildung, weil ihre Herkunftsländer von langen Kriegen und Konflikten zerrüttet sind (siehe Abschnitt III.2). Wie aus **Abbildung 3** ersichtlich, verfügt mehr als ein Sechstel der Migrant*innen im Erwerbsalter und mehr als ein Fünftel der Migrant*innen aus dem Nicht-EU-Ausland höchstens über Grundschulbildung. Damit ist der Anteil der Eingewanderten mit sehr niedrigem Bildungsniveau einer der höchsten im OECD-Raum, woraus sich besondere Herausforderungen im Hinblick auf die Integration ergeben. Hinzu kommt, dass der Anteil der im Inland Geborenen mit ähnlich niedrigem Bildungsniveau verschwindend gering ist (2 %). In Bezug auf Alter und Geschlecht entsprechen die demografischen Merkmale dieser Migrant*innen denen der Einwanderungsbevölkerung insgesamt, sie sind jedoch unter den humanitären Migrant*innen überrepräsentiert (37 %) und unter den Migrant*innen aus dem EU-Ausland unterrepräsentiert (11 %). Zudem ist der Anteil der Eingewanderten mit Hochschulabschluss mit knapp über einem Viertel weiterhin gering, auch wenn er in den letzten zehn Jahren gestiegen ist. Der Anteil dieser Gruppe ist in Deutschland niedriger als in allen anderen Hauptzielländern mit Ausnahme von Italien.

■ Abbildung 3 ■

Deutschland weist einen hohen Anteil an Eingewanderten mit sehr niedrigem Bildungsniveau auf

Anteil der Personen mit höchstens Grundschulbildung, Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren (ohne Bildungsteilnehmende), 2021



Anmerkung: In den Vereinigten Staaten werden Bildungsteilnehmende nur in der Altersgruppe 16–54 Jahre ausgenommen.

Quelle: EU-AKE 2021 (2019 für das Vereinigte Königreich). Vereinigte Staaten: CPS 2020. Australien: ASEW 2020.



Das Potenzial von Eingewanderten ausschöpfen

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Erwerbstätigenquote der Einwanderungsbevölkerung beträgt in Deutschland derzeit 70 % – das ist mehr als in den meisten anderen EU-Vergleichsländern und der höchste bisher erreichte Wert.
- Eingewanderte machen in Deutschland große Fortschritte beim Spracherwerb, Migrant*innen mit sehr niedrigem Bildungsniveau sind jedoch weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert. Diese Gruppe weist auch niedrige Erwerbstätigenquoten auf, während die Erwerbstätigenquoten derjenigen, die den Sekundarbereich I abgeschlossen haben, mit denen der im Inland Geborenen vergleichbar sind.
- Deutschland bleibt trotz der hohen Zahl an Eingewanderten mit niedrigem Bildungsniveau bei der Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte hinter den meisten anderen Hauptzielländern zurück.

Einen den Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden und einschlägige Kompetenzen zu erwerben, wirkt sich nicht nur positiv auf die Integration insgesamt und das Wohlergehen der Eingewanderten aus, sondern ermöglicht es ihnen auch, einen positiven Beitrag zur Wirtschaft zu leisten. Dieses Kapitel befasst sich mit der Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen und ihrem Kompetenzerwerb.

II.1. Die Arbeitsmarktintegration fördern

Die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration der 11 Millionen Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter ist ein wichtiges Element der Strategie Deutschlands, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Die Arbeitsmarktergebnisse von Eingewanderten sind in Deutschland im internationalen Vergleich insgesamt positiv. Die Erwerbstätigenquote der Eingewanderten ist mit 70 % bedeutend höher als in den meisten anderen EU-Vergleichsländern.

Im Zuge der Erholung von der großen Rezession 2007–2008 ist die Erwerbstätigenquote der Eingewanderten in den letzten zehn Jahren gestiegen (**Abbildung 4**). Das Beschäftigungswachstum war im Vergleich zu den Migrant*innen im Rest der EU und zu den im Inland Geborenen jedoch schwächer, wodurch bereits bestehende Gefälle größer geworden sind. Dies ist teilweise auf die hohe Zahl an Neueingewanderten, insbesondere Geflüchteten, zurückzuführen. Diese Gruppe hat in den ersten Phasen des Asylverfahrens nur begrenzt Zugang zum Arbeits- und Weiterbildungsmarkt und ihre Integration in den Arbeitsmarkt dauert länger ([siehe Abschnitt III.2](#)). Das Beschäftigungswachstum der Eingewanderten, die seit mindestens zehn Jahren in Deutschland ansässig sind, war hingegen mit dem der im Inland geborenen Bevölkerung vergleichbar.

Zu Beginn der Coronapandemie waren die Erwerbstätigenquoten unter den Eingewanderten deutlicher zurückgegangen als unter den im Inland Geborenen, was sich teilweise daraus erklärte, dass Migrant*innen im von der Pandemie besonders hart getroffenen Gastgewerbe stark vertreten waren. 2022 hatten sich die Erwerbstätigenquoten der Eingewanderten jedoch erholt und wieder das vor der Pandemie verzeichnete Rekordniveau erreicht.

Die Erwerbstätigenquoten der Eingewanderten sind zwar insgesamt hoch, ihre Arbeitsmarktergebnisse variieren jedoch erheblich je nach Bildungsniveau und Aufenthaltszweck. Einigen Gruppen muss die Politik daher besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen.

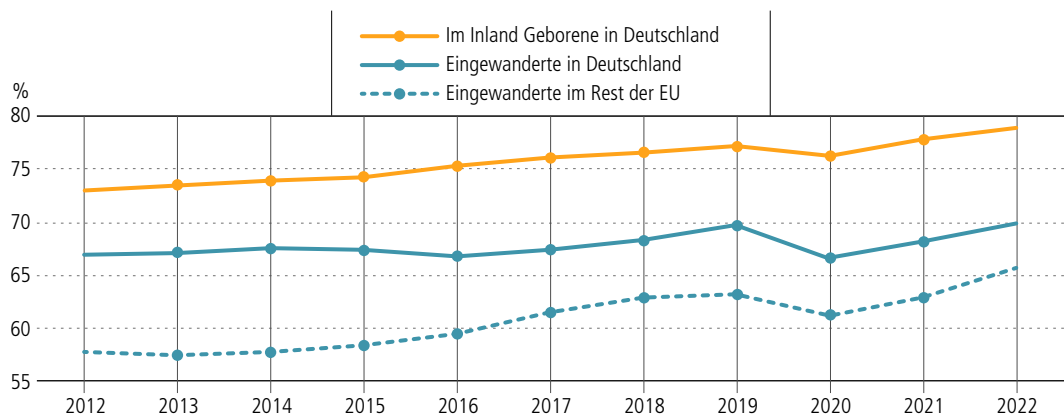
Eingewanderte mit sehr niedrigem Bildungsabschluss, d. h. höchstens Grundschulbildung, haben Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt – nur rund die Hälfte von ihnen ist erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote von Migrant*innen, die einen Abschluss des Sekundarbereichs I erworben haben, ist deutlich höher. Mit 66 % entspricht sie in etwa der



■ Abbildung 4 ■

Die Erwerbstätigenquoten der Eingewanderten haben in Deutschland nach dem pandemiebedingten Rückgang wieder die vor der Pandemie verzeichneten Rekordwerte erreicht

Erwerbstätigenquoten, 15- bis 64-Jährige, 2012–2022



Anmerkung: Nachdem die Aktualisierung der Erwerbsstatusdefinitionen von 2021 zu Brüchen in den Zeitreihen der EU-AKE geführt hatte, wurden die Zahlen für 2012–2020 angepasst, um die Vergleichbarkeit im Zeitverlauf zu gewährleisten. Wegen Einzelheiten vgl. Anhang 1.B. von OECD/Europäische Kommission (2023^[1]).

Quelle: EU-AKE 2012–2022.

10

Quote der im Inland Geborenen. Der Unterschied ist teilweise darauf zurückzuführen, dass humanitäre Migrant*innen unter den Eingewanderten mit sehr niedrigem Bildungsniveau überrepräsentiert sind. Humanitäre Migrant*innen erzielen jedoch deutlich bessere Beschäftigungsergebnisse, wenn sie einen Abschluss im Sekundarbereich I besitzen. Rund 54 % der humanitären Migrant*innen und 74 % der EU-Migrant*innen mit einem Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I sind erwerbstätig, gegenüber 42 % bzw. 67 % derjenigen, die lediglich über Grundschulbildung verfügen.³

Die Erwerbstätigenquoten der hochqualifizierten Eingewanderten sind viel höher, liegen aber deutlich unter den sehr hohen Erwerbstätigenquoten der im Inland Geborenen mit gleichem Bildungsniveau (80 % gegenüber 91 %). Der Abstand ist hier sogar wesentlich größer als unter den Geringqualifizierten (**Abbildung 5**). Dies ist zwar fast überall der Fall, das Beschäftigungsgefälle unter Personen mit Tertiärbildung ist in Deutschland jedoch größer als in den meisten anderen Hauptzielländern. Darüber hinaus geht ein Drittel der hochqualifizierten erwerbstätigen Eingewanderten einer Arbeit nach, die ihrem Qualifikationsniveau nicht entspricht. Dieser Anteil ist fast doppelt so hoch wie unter den im Inland Geborenen und hat in den letzten zehn Jahren um 7 Prozentpunkte zugenommen.

Die große Bedeutung, die in Deutschland formellen Befähigungsnachweisen beigemessen wird, erschwert Eingewanderten mit ausländischen Qualifikationen den Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten. In reglementierten Berufen sehen sich Migrant*innen, die ihre Qualifikationen im Ausland erworben haben, Einschränkungen bei der Berufsausübung gegenüber, wenn ihre Qualifikationen nicht anerkannt wurden. Aber selbst in nicht reglementierten Berufen werden ausländische Qualifikationen von den Arbeitgebern häufig nicht als gleichwertig akzeptiert. Außerdem fehlt es eingewanderten Bewerber*innen häufig an inländischen Referenzen oder im Inland erworbener Berufserfahrung, was dazu führt, dass die Arbeitgeber ihre Kompetenzen und Fähigkeiten nur schlecht einschätzen können.

Die Rendite von im Ausland erworbenen Qualifikationen ist in allen Hauptzielländern geringer, in Deutschland ist der Unterschied jedoch besonders ausgeprägt. Der Anteil der Eingewanderten mit ausländischem Hochschulabschluss, die hochqualifizierte Berufe ausüben, liegt 28 Prozentpunkte unter dem Anteil der Migrant*innen mit deutschem Abschluss (**Abbildung 6**). Die besseren Sprachkenntnisse der letztgenannten Gruppe erklären diesen Abstand nur teilweise. Für Eingewanderte mit einem fortgeschrittenen oder höheren Sprachniveau ist die Wahrscheinlichkeit, in einem hochqualifizierten Beruf tätig zu sein, im Fall eines deutschen Abschlusses immer noch um 18 Prozentpunkte höher als im Fall eines ausländischen Abschlusses.

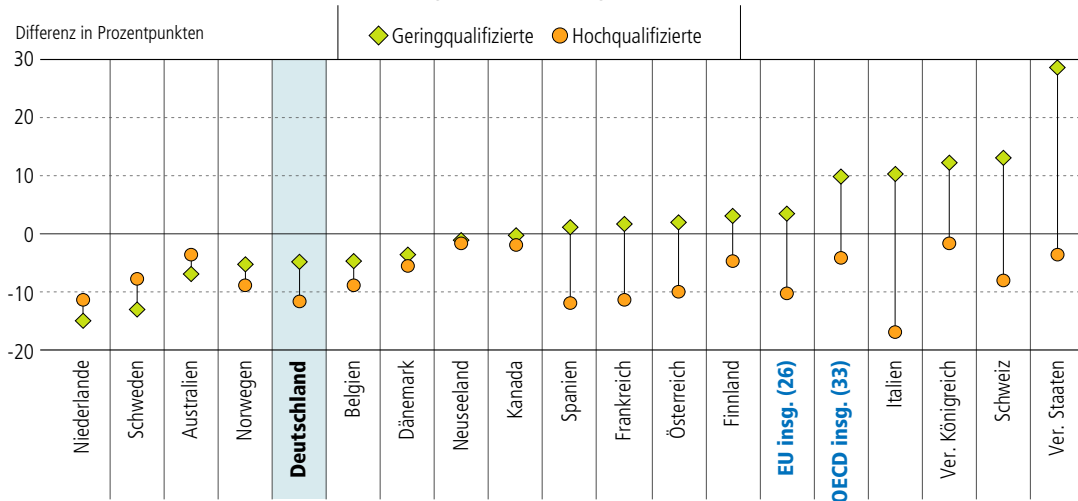
3. Der starke positive Zusammenhang zwischen dem Abschluss des Sekundarbereichs I und der Beschäftigung ist auch nach Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Aufenthaltsdauer und Aufenthaltszweck festzustellen.



■ Abbildung 5 ■

Die Beschäftigungslücken gegenüber der im Inland geborenen Bevölkerung sind unter den hochqualifizierten Eingewanderten am größten

Unterschied bei den Erwerbstätigenquoten gegenüber den im Inland Geborenen nach Bildungsniveau, 15- bis 64-Jährige (ohne Bildungsteilnehmende), 2021



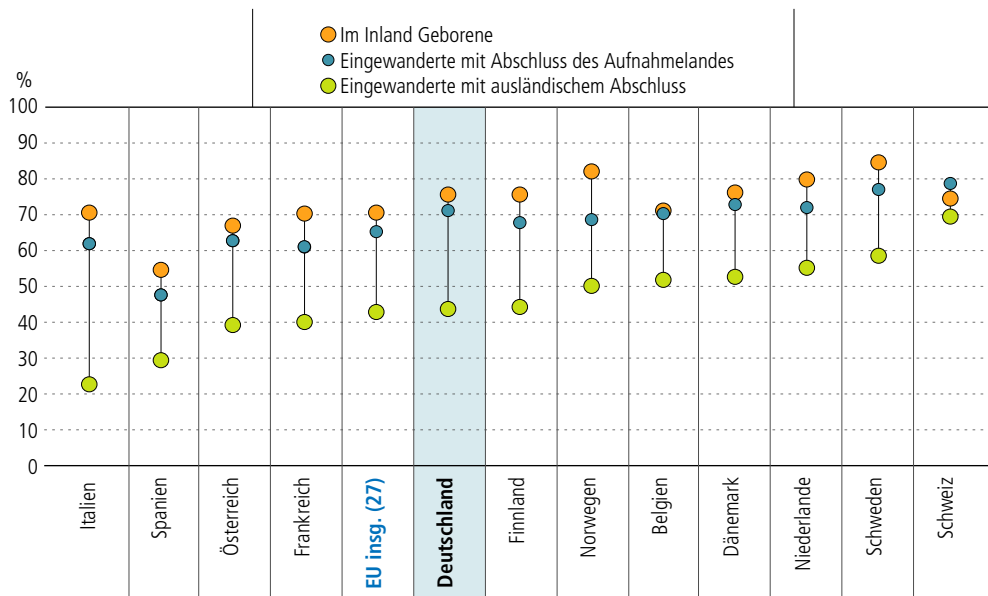
Anmerkung: In den Vereinigten Staaten werden Bildungsteilnehmende nur in der Altersgruppe der 16- bis 54-Jährigen ausgenommen. Im Vereinigten Königreich werden die Quoten für die Altersgruppe der 16- bis 64-Jährigen berechnet.

Quelle: EU-AKE 2021. Australien: ASEW 2020. Vereinigtes Königreich, Kanada und Neuseeland: Labour AKE 2021. Vereinigte Staaten: CPS 2021.

■ Abbildung 6 ■

Eingewanderte mit ausländischem Hochschulabschluss tun sich schwer, einen ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, besonders in Deutschland

Anteil der Eingewanderten mit Hochschulabschluss, die in hochqualifizierten Berufen tätig sind, 15- bis 64-Jährige (ohne Bildungsteilnehmende), 2021



Quelle: EU-AKE 2021.

Folglich wird ein erheblicher Teil des Potenzials eingewanderter Arbeitskräfte nicht ausgeschöpft. Wenn Eingewanderte mit ausländischem Hochschulabschluss den gleichen Zugang zu hochqualifizierten Berufen hätten wie im Inland Geborene, würden in Deutschland über 600 000 Personen mehr eine hochqualifizierte Tätigkeit ausüben.⁴

4. Nur 42 % der ungefähr 1,9 Millionen Migrant*innen mit ausländischem Hochschulabschluss sind in hochqualifizierten Berufen tätig, gegenüber 74 % bei den im Inland Geborenen. Wenn der Anteil der Eingewanderten mit ausländischem Hochschulabschluss, die eine hochqualifizierte Tätigkeit ausüben, 32 Prozentpunkte höher wäre, wären über 600 000 Eingewanderte mehr in hochqualifizierten Berufen tätig.



Eingewanderte mit Qualifikationen aus Nicht-EU-Ländern sind bei der Entfaltung ihres Kompetenzpotenzials mit besonders großen Hindernissen konfrontiert. Im Gegensatz zu Eingewanderten mit tertiären Abschlüssen aus EU-Ländern haben sie keinen Anspruch auf automatische oder zumindest erleichterte Anerkennung ihrer Qualifikationen. So üben nur 38 % der Eingewanderten in Deutschland, die einen Hochschulabschluss in einem Nicht-EU-Land erworben haben, eine Tätigkeit aus, die ihrem Bildungsniveau entspricht.

Eingewanderte mit ausländischem Hochschulabschluss, deren Qualifikationen wenigstens teilweise anerkannt werden, schneiden auf dem Arbeitsmarkt besser ab, selbst nach Berücksichtigung der Unterschiede bei Alter, Geschlecht, Land des Qualifikationserwerbs, Fachrichtung, Migrationsgrund und Sprachkenntnissen. Sie finden in Deutschland mit einer um etwa 9 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit eine ihren Kompetenzen entsprechende Beschäftigung als Eingewanderte, deren Qualifikationen nicht anerkannt wurden.

Die Migrant*innen scheinen mit der formalen Struktur des deutschen Arbeitsmarkts zumindest teilweise vertraut zu sein. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie den Anerkennungsprozess als notwendig betrachten und eine fehlende Anerkennung als Problem sehen. Außerdem ist der Anteil der Eingewanderten, die Eigenangaben zufolge eine Anerkennung beantragt haben, in Deutschland höher als in allen anderen wichtigen europäischen Zielländern mit Ausnahme der Niederlande. Trotz erheblicher Anstrengungen, die Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu verbessern (**Kasten 3**), hat nur ein Viertel der Eingewanderten mit ausländischen Qualifikationen Eigenangaben zufolge in Deutschland die Anerkennung seiner Qualifikationen erreicht. Das zeigt, dass noch erhebliche Hindernisse bestehen.

Von den rd. 800 000 Eingewanderten, die Eigenangaben zufolge die Anerkennung ihrer Qualifikationen beantragt hatten, gaben nur drei Viertel an, dass ihre Qualifikationen zumindest teilweise anerkannt wurden. Mit diesem auf Eigenangaben basierenden Prozentsatz liegt Deutschland am unteren Ende der Skala der europäischen Hauptzielländer. Von den 1,5 Millionen Migrant*innen, die keinen Antrag gestellt hatten, verwiesen 15 % auf Kosten und Komplexität und 9 % auf unzureichende Informationen über das Verfahren.

Kasten 3 In den letzten zehn Jahren hat Deutschland die Anerkennung ausländischer Qualifikationen erheblich erleichtert

Die Erleichterung der Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen ist seit 15 Jahren ein Hauptziel der deutschen Integrationspolitik. Durch das Anerkennungsgesetz von 2012 wurden die Bewertungs- und Anerkennungsverfahren weiteren Kreisen zugänglich gemacht und ausgewogener. In der Vergangenheit waren sie häufig auf deutsche Staatsangehörige, EU-Bürger*innen und (Spät-)Aussiedler*innen beschränkt. Durch das neue Gesetz wurde unabhängig von der Staatsangehörigkeit ein Rechtsanspruch auf die Feststellung von rd. 600 Qualifikationen in nicht reglementierten und reglementierten Berufen eingeführt, die in der Zuständigkeit des Bundes liegen. Die Bundesregierung hat ein multimodales Hilfsangebot eingerichtet, das ein Online-Portal, eine Anerkennungs-App und eine Hotline umfasst, um potenziellen Antragsteller*innen dabei zu helfen, sich im Anerkennungsverfahren zurechtzufinden. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 2020 brachte weitere Verbesserungen für Fachkräfte aus Drittstaaten. Fachkräfte mit einem konkreten Stellenangebot und Arbeitgebende, die ausländische Fachkräfte einstellen, können das beschleunigte Fachkräfteverfahren nutzen, um die Verwaltungsverfahren zu verkürzen. Die Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung (ZSBA) wurde zudem als zentraler Ansprechpartner für Fachkräfte eingerichtet, die im Ausland leben und von dort einen Antrag auf berufliche Anerkennung stellen. Mit der Einrichtung dieser neuen Stelle sollte zudem die Transparenz des Anerkennungsverfahrens erhöht werden.

Quelle: OECD, 2017^[4], OECD, 2021^[5].

II.2. Den Kompetenzerwerb fördern

Deutsch zu lernen bringt Migrant*innen erhebliche Vorteile auf dem Arbeitsmarkt und erleichtert ihre soziale Integration (**Kasten 4**). Fast zwei Drittel der Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben, geben an, fortgeschrittene Deutschkenntnisse zu besitzen. Dieser Anteil ist zwar etwas niedriger





als in der übrigen EU, dafür sind in Deutschland aber besonders deutliche Verbesserungen bei den Sprachkenntnissen der Eingewanderten zu verzeichnen (**Abbildung 7**). Im Vergleich zu Ländern wie Frankreich, Belgien und Spanien, in denen das koloniale Erbe die Migrationsmuster beeinflusst, sind die Sprachkompetenzen der Eingewanderten bei der Ankunft in Deutschland viel geringer und nur ein kleiner Anteil hat Deutsch als Muttersprache.

Kasten 4 **Begrenzte Deutschkenntnisse sind ein großes Hindernis für die Einwanderung und Integration von Fachkräften in Deutschland**

In einer neuen Online-Längsschnittstudie befragt die OECD 30 000 im Ausland lebende Personen, die zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Deutschland kommen wollen. Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse der zweiten Welle dieser Studie zeigen, dass die deutsche Sprache ein großes Hindernis darstellt. Rund 44 % der Einwanderungswilligen und 51 % derjenigen, die jetzt in Deutschland leben, betrachten fehlende Deutschkenntnisse als wesentliches Hindernis, das sie davon abhalten könnte/hätte abhalten können, nach Deutschland zu kommen und dort zu arbeiten. Umfrageteilnehmende, die heute in Deutschland leben, betrachten fehlende Deutschkenntnisse außerdem als das größte Hindernis im täglichen Leben (65 %) und bei der Arbeitsuche (54 %). Auf die Frage, welchen Rat sie Freund*innen geben würden, die an einer Einwanderung nach Deutschland interessiert sind, war die häufigste Antwort, Deutsch zu lernen. Darüber hinaus äußern 55 % der potenziellen Migrant*innen im Ausland und 48 % der Eingewanderten in Deutschland den Wunsch nach mehr Sprachförderung. Außerdem würden es rd. 67 % der Befragten im Ausland begrüßen, wenn mehr Stellenangebote auf Englisch veröffentlicht würden.

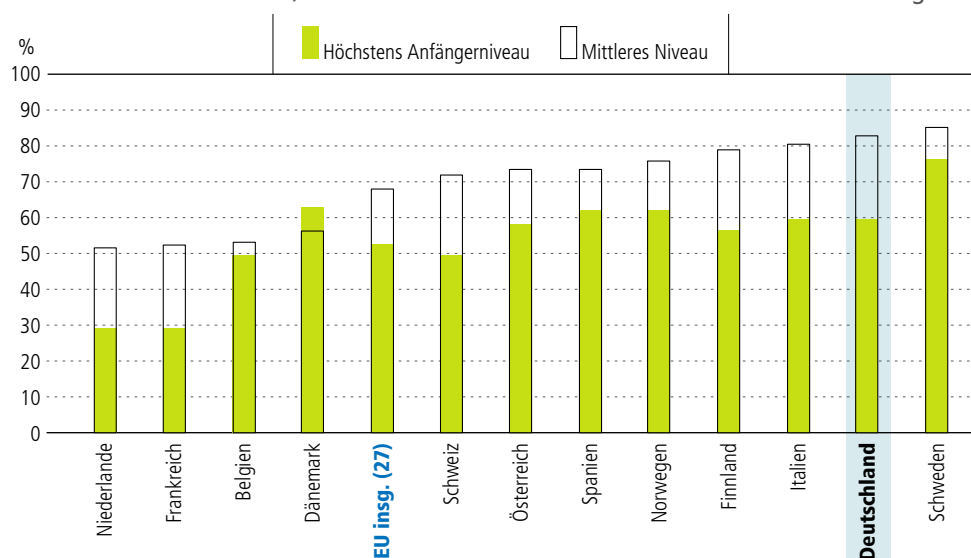
Die Bedeutung von Deutschkenntnissen für die Integration wird auch in der deutschen Öffentlichkeit allgemein anerkannt. Dem Eurobarometer 2021 zufolge betrachten fast 90 % der Menschen die Fähigkeit, Deutsch zu sprechen, als einen wichtigen Faktor für die erfolgreiche Integration von Eingewanderten.

Quelle: OECD, 2023^[6].

■ **Abbildung 7** ■

Nach fünf Jahren Aufenthalt sprechen mehr als vier Fünftel der Eingewanderten mit ursprünglich mittlerem Sprachniveau fließend Deutsch

Prozentsatz der Eingewanderten mit fortgeschrittenen Kenntnissen in der Sprache des Aufnahmelandes, die vor der Migration über Anfängerkennntnisse oder mittlere Sprachkenntnisse verfügten, Eingewanderte im Alter von 15 bis 64 Jahren, die seit mindestens fünf Jahren im Aufnahmeland ansässig sind, 2021



Quelle: EU-AKE 2021.



Die Teilnahme an Sprachkursen kann den Lernprozess erleichtern. Deutschland bietet hierzu ein umfassendes Programm an (**Kasten 5**). Mehr als die Hälfte aller Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter hat einen Sprachkurs besucht oder nimmt derzeit an einem solchen Kurs teil. Nur in Luxemburg und den nordischen Ländern ist dieser Anteil höher (unter den europäischen Ländern, für die Daten für 2021 zur Verfügung stehen).

Obwohl Migrant*innen in Deutschland gemessen an ihren niedrigen Ausgangsniveaus im Allgemeinen große Fortschritte beim Spracherwerb erzielen, erlangen einige keine ausreichenden Kenntnisse. Eingewanderten, die höchstens über Grundschulbildung verfügen, fällt es besonders schwer, Deutsch zu lernen, obwohl fast zwei Drittel von ihnen laut eigenen Angaben an Sprachkursen teilgenommen haben. Ohne zusätzliche Investitionen in ihre Bildung fehlen ihnen möglicherweise die für den Fremdspracherwerb erforderlichen Grundkompetenzen. Nach mindestens fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland verfügen 48 % nach eigener Einschätzung über Deutschkenntnisse auf Anfängerniveau oder darunter, und nur 25 % geben an, fortgeschrittene Deutschkenntnisse zu besitzen. Die nordischen Länder, die personalisierte Integrationspfade anbieten, schneiden in dieser Hinsicht deutlich besser ab. Der Anteil der Personen mit Anfängerniveau liegt dort unter den Eingewanderten mit sehr niedrigem Bildungsniveau zwischen 20 % und 36 %.

Kasten 5 **Deutschland bietet ein umfassendes Sprachförderprogramm an**

Wie in fast allen OECD-Ländern ist Sprachförderung auch in Deutschland das Hauptelement des Einführungsprogramms für Neueingewanderte. Darauf entfällt der Großteil der zielgerichteten staatlichen Fördermittel für die Integration von Eingewanderten. Eingewanderte erhalten im Allgemeinen einen Sprachkurs mit 600 Unterrichtseinheiten (jeweils 45 Minuten), wobei 300 zusätzliche Unterrichtseinheiten angeboten werden, wenn die Teilnehmenden das Zielniveau (GER B1) nicht erreichen. Außerdem gibt es spezielle Sprachkurse, die bis zu 1 200 Unterrichtseinheiten umfassen können für Frauen, junge Menschen, Eltern und Eingewanderte mit besonderem Förderbedarf. Die Teilnahme an den Sprachkursen ist verbindlich für neu eingewanderte humanitäre Migrant*innen, nach- oder mitreisende Familienangehörige und Arbeitsmigrant*innen aus Drittstaaten mit unzureichenden Deutschkenntnissen sowie für langfristig Aufenthaltsberechtigte mit besonderem Integrationsbedarf, die Leistungen der Sozialhilfe beziehen. Anders als in Österreich oder den Niederlanden sind Migrant*innen nicht verpflichtet, innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach der Ankunft ein Mindestsprachniveau zu erreichen. Stattdessen setzt Deutschland Anreize für einen erfolgreichen Abschluss, indem 50 % der Kosten erstattet werden, wenn die Abschlussprüfung innerhalb von zwei Jahren bestanden wird.

Neben den Basiskursen bietet Deutschland seit 2016 auch berufsbezogene Sprachkurse an. Diese Kurse zielen auf Sozialleistungsempfänger*innen ab, die arbeitsuchend gemeldet oder in Ausbildung sind, die Pflichtschulzeit abgeschlossen haben und ein mittleres Sprachniveau (GER B1) besitzen. Beschäftigte Eingewanderte sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, müssen jedoch 50 % der Kosten selbst tragen, wenn ihr Einkommen eine bestimmte Grenze übersteigt. Die Kurse bieten berufsbezogenen Deutschunterricht, so wird z. B. das Verfassen von E-Mails und die Kommunikation am Arbeitsplatz behandelt. Für Personen, die sich im Anerkennungsverfahren zu Pflege- und Gesundheitsfachberufen befinden sowie für Fachrichtungen im Bereich Gewerbe-Technik und Einzelhandel werden Spezialkurse angeboten.

Quelle: OECD, 2021^[7], BAMF, 2021^[8].

Außer bei den Sprachkenntnissen unterscheidet sich die Einwanderungsbevölkerung auch in Bezug auf ihr Bildungs- und Kompetenzniveau von der im Inland geborenen Bevölkerung. Der Anteil der Geringqualifizierten ist unter den Eingewanderten fast viermal so hoch wie unter den im Inland Geborenen. Die meisten Migrant*innen kommen als Erwachsene ins Aufnahmeland, das Bildungsgefälle gegenüber den im Inland Geborenen kann jedoch durch Aus- und Weiterbildung verringert werden.



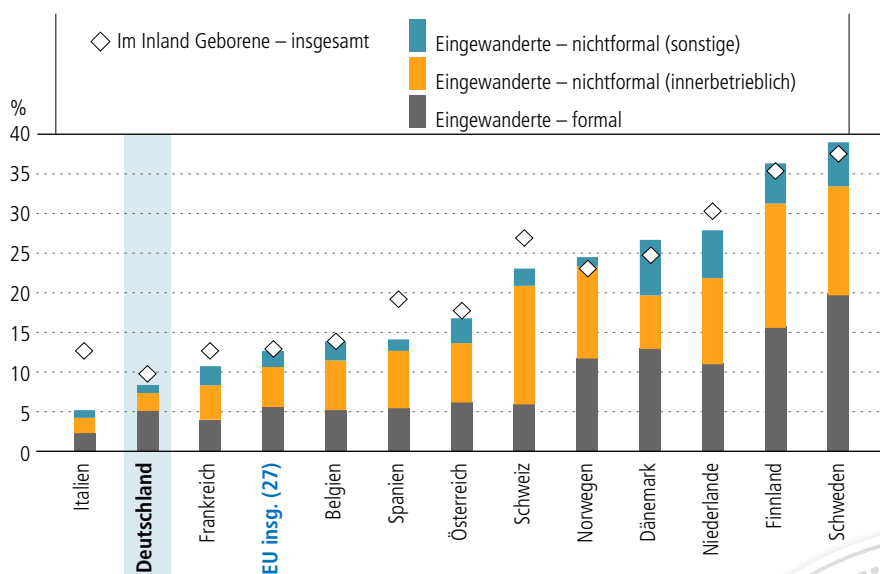
In Deutschland ist die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsangeboten für Erwachsene allerdings niedriger als in den meisten EU-Ländern. Dies gilt auch für Migrant*innen. 2021 hatte Eigenangaben zufolge weniger als ein Zehntel der Eingewanderten im Haupterwerbsalter (25–54 Jahre) in den vier Wochen vor der Erhebung an formaler oder nichtformaler Weiterbildung⁵ teilgenommen (**Abbildung 8**). Das ist der niedrigste Anteil unter den europäischen Hauptzielländern, mit Ausnahme von Italien. Außerdem ist die Teilnahme unter Eingewanderten, die höchstens über Grundschulbildung verfügen, mit unter 3 % minimal. Das ist deutlich weniger als in anderen Hauptzielländern (wieder mit der Ausnahme von Italien) und steht in starkem Gegensatz zu Schweden und den Niederlanden, wo mindestens ein Fünftel der Eingewanderten mit sehr niedrigem Bildungsniveau Eigenangaben zufolge an einer Weiterbildung teilgenommen hatte.

Die niedrigen Teilnahmequoten an formaler und nichtformaler Erwachsenenbildung in Deutschland führen dazu, dass es sowohl im Inland Geborenen als auch Eingewanderten schwerfällt, den sich verändernden Kompetenzanforderungen gerecht zu werden. Für Eingewanderte ist dies jedoch besorgniserregender. Migrant*innen, die in einem anderen beruflichen und schulischen Umfeld ausgebildet wurden, haben im Durchschnitt nicht nur ein niedrigeres Bildungsniveau, sondern benötigen in der Regel auch zusätzliche Weiterbildung, um ihre Kompetenzen an den Kompetenzbedarf des Aufnahmelandes anzupassen. Außerdem sind Eingewanderte stärker vom Risiko des Arbeitsplatzverlusts betroffen, wenn ihre Kompetenzen den Anforderungen des Arbeitsmarkts nicht mehr entsprechen. Forschungsarbeiten zeigen, dass der technologische Wandel in Deutschland für Migrant*innen mit größerer Wahrscheinlichkeit negative Auswirkungen hat (Giesing und Rude, 2022^[9]).

■ Abbildung 8 ■

Die Teilnahme an Aus- und Weiterbildung für Erwachsene ist in Deutschland gering

Teilnahme an Aus- und Weiterbildung für Erwachsene in den vorangegangenen vier Wochen, Eigenangaben, 25- bis 54-Jährige, 2021



Quelle: EU-AKE 2021.

5. Nichtformale Bildung bezieht sich auf institutionalisierte Lernaktivitäten (ohne innerbetriebliche Weiterbildung) außerhalb des formalen Bildungssystems mit dem Ziel, das Wissen sowie die Fertigkeiten und Kompetenzen der Menschen zu verbessern.



Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen

Das Wichtigste in Kürze:

- Zwischen eingewanderten und im Inland geborenen Müttern mit Kleinkindern klafft eine enorme Beschäftigungslücke von 31 Prozentpunkten, die z. T. auf Hindernisse beim Zugang zur öffentlichen Kinderbetreuung sowie sozioökonomische Faktoren zurückzuführen sein könnte.
- Mit einer Erwerbstätigenquote von 32 %, die deutlich niedriger ist als in anderen Ländern, sind weibliche Geflüchtete eine besonders schutzbedürftige Gruppe am deutschen Arbeitsmarkt.
- Die schulischen Leistungen in Deutschland geborener Kinder von eingewanderten Eltern haben sich seit Anfang der 2000er Jahre deutlich verbessert, während sich die Bildungsergebnisse der Eingewanderten selbst verschlechtert haben.

16

Dieser Abschnitt befasst sich mit den Integrationsergebnissen von drei vulnerablen Gruppen: eingewanderte Frauen mit Kleinkindern, Geflüchtete und sonstige schutzbedürftige Personen sowie Kinder von Eingewanderten.

III.1. Geschlechtsspezifische und familiäre Aspekte berücksichtigen

Nahezu die Hälfte der eingewanderten Bevölkerung in Deutschland sind Frauen, eine heterogene Gruppe, deren Potenzial oft nicht voll ausgeschöpft wird. Sie sind ähnlich wie die eingewanderten Männer am unteren Ende des Bildungsspektrums überrepräsentiert. Mehr als 36 % haben ein niedriges Bildungsniveau, von denen die Hälfte nicht über die Grundschule hinausgegangen ist. Dies steht in krassem Gegensatz zur Situation im Inland geborener Frauen. Unter ihnen weisen nur 11 % einen niedrigen Bildungsabschluss auf, während die überwiegende Mehrzahl (61 %) einen Abschluss des Sekundarbereichs II oder des postsekundären nichttertiären Bereichs besitzt. Der Prozentsatz an Frauen mit Hochschulabschluss ist unter eingewanderten und im Inland geborenen Frauen identisch (27 %), da in den letzten zehn Jahren mehr hochqualifizierte Frauen nach Deutschland gekommen sind.

Obwohl Migrantinnen etwas bessere Bildungsergebnisse und Sprachkenntnisse aufweisen als Migranten, befinden sie sich am Arbeitsmarkt in einer deutlich schwächeren Position. Unter Eingewanderten ist das Geschlechtergefälle dreimal größer als unter im Inland Geborenen. Bei einer Verringerung der Genderlücke unter Eingewanderten auf das Niveau der im Inland Geborenen wäre eine halbe Million Frauen mehr in Beschäftigung. Unter den erwerbstätigen Migrantinnen arbeitet mehr als die Hälfte in Teilzeit (51 %). Dies ist der höchste Anteil im OECD-Raum (ohne die Schweiz) und etwas mehr als unter den im Inland Geborenen (48 %).

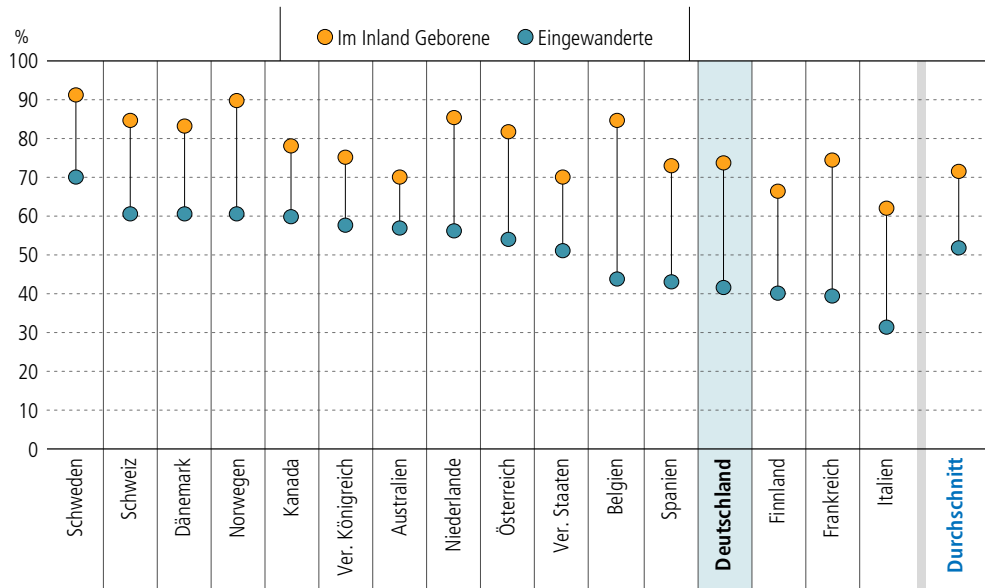
Die Geburt eines Kindes ist oft mit niedrigeren Erwerbstätigenquoten für Frauen assoziiert – die sogenannte Kinder- oder Mutterschaftsstrafe. Aus jüngsten Arbeiten der OECD geht jedoch hervor, dass dieser Effekt unter eingewanderten Frauen, insbesondere in Deutschland, sehr viel stärker ausgeprägt ist (OECD, 2023_[10]). Nur etwa zwei Fünftel der eingewanderten Frauen mit Kleinkindern (0–4 Jahre) sind berufstätig. Dies steht in krassem Gegensatz zu den überdurchschnittlichen Erwerbstätigenquoten der im Inland geborenen Mütter in derselben Altersgruppe (25–54 Jahre) (**Abbildung 9**). Die Erwerbstätigenquoten von außerhalb der EU geborenen Frauen mit Kleinkindern sind sogar noch niedriger, nur etwas mehr als ein Drittel sind erwerbstätig. Obwohl ein Teil des Gefälles höheren Geburtenziffern und einem geringeren Bildungsniveau unter eingewanderten Frauen zuzuschreiben ist, bleibt selbst nach Berücksichtigung der Unterschiede zwischen den beiden Gruppen in Bezug auf Alter, Bildungsniveau und Anzahl



■ Abbildung 9 ■

Die Beschäftigungslücke zwischen im Inland geborenen und eingewanderten Müttern von Kleinstkindern übersteigt in Deutschland 30 Prozentpunkte

Erwerbstätigenquoten im Inland geborener und eingewanderter Mütter mit mindestens einem Kind im Alter von 0 bis 4 Jahren, 2021 oder letztverfügbares Jahr



Anmerkung: Die Daten erfassen Frauen im Alter von 25 bis 54 Jahren (15–64 Jahren in der Schweiz). Mütter sind definiert als Frauen mit mindestens einem Kind im Alter von 0 bis 4 Jahren (0–5 Jahren in den Vereinigten Staaten und 0–6 Jahren in Kanada und der Schweiz).

Quelle: Abbildung 5.2 in OECD (2023_[10]).

der Kinder eine große Lücke (24 Prozentpunkte) bestehen. Die Beschäftigungslücke zwischen Müttern mit kleinen Kindern und kinderlosen Frauen ist unter eingewanderten Frauen ebenfalls doppelt so groß wie unter im Inland geborenen Frauen (-30 Prozentpunkte vs. -15 Prozentpunkte).

Neben soziodemografischen Merkmalen und individuellen Präferenzen können auch ungünstige Arbeitsmarktbedingungen in den Sektoren mit einer hohen Konzentration von eingewanderten Müttern es diesen erschweren, nach der Geburt eines Kindes eine Beschäftigung aufzunehmen (OECD, 2023_[10]). Eingewanderte Mütter sind in der Regel in Hilfstätigkeiten überrepräsentiert, insbesondere in der Kategorie der Reinigungs- und Hilfskräfte. In Deutschland ist fast jede vierte eingewanderte Mutter mit Kindern unter 15 Jahren als Hilfsarbeitskraft tätig – dieser Anteil ist mehr als dreimal so groß wie unter den im Inland geborenen Müttern. Die niedrigen Löhne in diesen Berufen bieten Müttern weniger Anreize, nach der Geburt eines Kindes ins Erwerbsleben zurückzukehren. Darüber hinaus sind befristete Arbeitsverträge unter eingewanderten Müttern in Hilfstätigkeiten viermal stärker verbreitet als bei im Inland geborenen Müttern. Häufig ist ihr Arbeitsplatz nach dem Mutterschutz nicht garantiert.

Die Erwerbsbeteiligung von Müttern hängt auch von der Höhe der Familienförderung ab. Da eingewanderte Mütter für die Kinderbetreuung in der Regel weniger häufig auf die Familie oder soziale Netzwerke zurückgreifen, ist das Angebot an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) für die Vereinbarung von Kinderbetreuungs- und beruflichen Pflichten unerlässlich. Daher haben mehrere OECD-Länder spezifische Maßnahmen ergriffen, um das Angebot an frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für benachteiligte und Migrantenfamilien zu erhöhen, die häufig mit Zugangshindernissen konfrontiert sind (**Kasten 6**).

Die meisten Länder bieten zumindest im Jahr vor Beginn der Grundschule kostenlose frühkindliche Bildung und Erziehung (FBBE) an. Deshalb steigen die Erwerbstätigenquoten von Müttern, sobald das jüngste Kind fünf Jahre alt wird. Die größten Beschäftigungszuwächse bei im Inland geborenen wie auch bei eingewanderten Müttern sind in Deutschland sowie in Finnland und in zahlreichen mittel- und osteuropäischen Ländern zu beobachten. In diesen Ländern haben Mütter Anspruch auf eine überdurchschnittlich lange bezahlte Eltern- und Betreuungszeit, was den Schluss nahelegt, dass sowohl im Inland geborene als auch eingewanderte Mütter auf eine Familienpolitik reagieren, die die Kinderbetreuung zuhause fördert.



Kasten 6 **Die OECD-Länder ergreifen eine Vielzahl von Maßnahmen, um den Zugang von Migrantenfamilien zur Kinderbetreuung zu verbessern**

Um den Zugang zu FBBE zu verbessern, legen einige Länder den Schwerpunkt darauf, das Kinderbetreuungsangebot durch Investitionen in die Infrastruktur zu erhöhen. In einigen Fällen leisten die Zentralregierungen finanzielle Unterstützung für allgemeine FBBE-Dienste, um die Einbeziehung von Kindern aus Minderheitenfamilien zu fördern, oder sie priorisieren Investitionen in entlegene oder benachteiligte Gebiete (Australien, Belgien). Darüber hinaus machen viele Länder ihre FBBE-Systeme für benachteiligte Kleinkinder durch finanzielle Förderung, Gutscheine oder kostenlosen Zugang für bestimmte Altersgruppen erschwinglicher.

Neben der Zugänglichkeit ist auch die Bereitstellung zusätzlicher Leistungen für die Einbindung von Migrantenfamilien von entscheidender Bedeutung. Dänemark fördert beispielsweise den Spracherwerb von Kindern zwischen zwei und drei Jahren innerhalb und außerhalb der FBBE-Einrichtungen und bietet zusätzliche Schulungen für Mitarbeiter*innen in den Bereichen Kommunikation, Sprachen und Vertrauensbildung an. In Deutschland konzentriert sich der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP/ FEAD) darauf, den Zugang neu eingewanderter Eltern mit Kindern im Vorschulalter zu Fördermaßnahmen zu verbessern. Der EHAP finanziert auch die Arbeit von Berater*innen/Outreach-Mitarbeiter*innen, um die Integration benachteiligter Neuankömmlinge zu erleichtern.

Einige Länder versuchen, interkulturelle Schranken durch die Übersetzung von Informationsblättern oder Dolmetschdienste (Norwegen, Österreich), Vermittlungsdienste (Australien, Irland), bikulturelle Angebote, interkulturelle Schulungen für Mitarbeiter*innen sowie die Einstellung von Kräften aus Minderheitengruppen abzubauen. Andere verfolgen eine aktive Einstellungspolitik (Belgien, Norwegen). Einige Länder führen auch Sprachtests bei sehr jungen Kindern durch, um sicherzustellen, dass sie nicht den Anschluss verlieren, wenn sie nicht an FBBE-Maßnahmen teilnehmen (Dänemark, Korea, Norwegen).

Quelle: OECD, 2023^[10].

In Deutschland fehlt es zudem häufig an öffentlichen FBBE-Plätzen für Kleinstkinder. Von diesem Mangel sind eingewanderte Familien unverhältnismäßig stark betroffen. Unzureichende Kenntnisse des Systems und fehlende verbindliche standardisierte Kriterien für die Zuteilung von Kinderbetreuungsplätzen können Eingewanderten den Zugang zur Kinderbetreuung erschweren. Folglich wird die formale Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren häufiger von im Inland geborenen als von eingewanderten Familien in Anspruch genommen (OECD, 2023^[10]).

III.2. Die Integration von Geflüchteten fördern

Seit über 30 Jahren ist Deutschland ein Hauptziel für Geflüchtete, mit besonders starken Migrationsbewegungen Anfang der 1990er und Mitte der 2010er Jahre. In jüngerer Zeit hat Deutschland auch über eine Million Menschen aufgenommen, die vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf der Flucht waren – mehr als jedes andere Land. Die Arbeitskräfteerhebung der EU von 2021 enthält Informationen zu humanitären Migrant*innen auf der Basis von Eigenangaben zu Migrationsgründen.⁶ Ukrainische Kriegsgeflüchtete sind allerdings noch nicht erfasst.

Die Erhebung erfasst nahezu 1,7 Millionen Geflüchtete im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in Deutschland ansässig sind. Nahezu zwei Drittel dieser Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter sind Männer. Unter den Geflüchteten in den nordischen Ländern (ohne Finnland), Italien und Österreich sind Männer ebenfalls stark überrepräsentiert, wohingegen Spanien und Frankreich eine ausgewogenere Geschlechterverteilung in ihrer Geflüchtetenpopulation im Erwerbsalter aufweisen.

6. Folglich können die Daten sowohl anerkannte Geflüchtete als auch Asylsuchende umfassen (d. h. Personen, die einen Asylantrag gestellt, deren Flüchtlingsstatus aber noch nicht anerkannt wurde). Allerdings dürfte sich der Anteil an Asylsuchenden in Grenzen halten, da sie häufig in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und daher in der Erhebung nicht vertreten sind. Zur Vereinfachung werden in diesem Abschnitt Personen, die als Migrationsgrund internationalen Schutz angeben, allgemein als Geflüchtete bezeichnet. Menschen, die in einem EU- oder EFTA-Land geboren und eigenen Angaben zufolge aus humanitären Gründen eingewandert sind, bleiben in der Analyse unberücksichtigt.



Die Aufenthaltsdauer der Geflüchteten hat einen starken Einfluss auf ihre Integrationsergebnisse.⁷ Zur Migration gezwungene Geflüchtete hatten in der Regel keine Zeit, sich auf das Leben im Aufnahmeland vorzubereiten, insbesondere was das Erlernen der Sprache betrifft. Deshalb benötigen sie in der Regel mehr Zeit als andere Migrantengruppen, um sich im Aufnahmeland voll zu integrieren.

In Deutschland sind die meisten Geflüchteten (65 %) erst im vergangenen Zehnjahreszeitraum ins Land gekommen, wobei die Zahlen in den Jahren 2015 und 2016 besonders hoch waren. Ein Viertel der Geflüchteten lebt aber bereits seit mehr als zwanzig Jahren im Land. In den meisten anderen europäischen OECD-Ländern ist der Anteil der Geflüchteten mit weniger als zehn Jahren Aufenthalt an der Geflüchtetenpopulation dagegen geringer. In den Niederlanden und in Italien machen sie beispielsweise rd. 50 % der Geflüchtetenpopulation aus und in der Schweiz nur 20 %.

Die Bildungsabschlüsse der Geflüchteten in Deutschland sind niedriger als in anderen europäischen Hauptzielländern. Über die Hälfte (57 %) aller Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter (ohne Personen in Bildungsmaßnahmen) hat höchstens einen Abschluss im Sekundarbereich I, von denen mehr als ein Drittel höchstens die Grundschule abgeschlossen hat. Nur etwa 15 % haben einen Hochschulabschluss. In Schweden dagegen haben beispielsweise doppelt so viele Geflüchtete einen Hochschulabschluss, und der Anteil der Personen mit höchstens Primarschulbildung ist halb so groß wie in Deutschland.

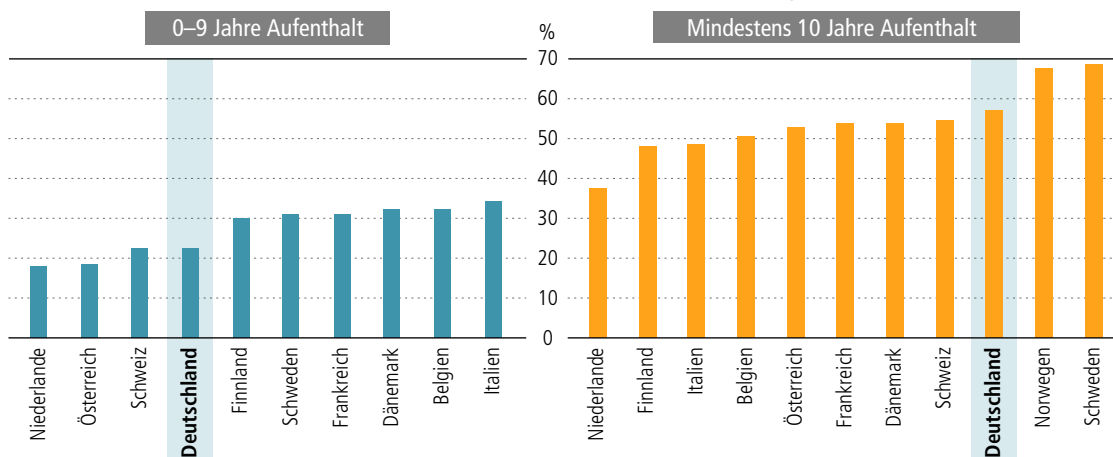
Insbesondere die Geflüchtetenkohorte, die in den vergangenen zehn Jahren nach Deutschland kam, hat generell niedrige Bildungsabschlüsse. Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung bei Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland kamen, legt den Schluss nahe, dass ein beachtlicher Anteil die Bildungsbiografie wegen anhaltender Konflikte im Herkunftsland und der langen Reise ins Aufnahmeland, auf der sie häufig mehrmals in Übergangsunterkünften untergebracht wurden, unterbrechen musste (Brücker, Kosyakova und Schuß, 2020^[11]; Edele et al., 2021^[12]). Anders als in Ländern wie Schweden nahmen viele Geflüchtete ihren Bildungsweg nach ihrer Migration nach Deutschland nicht wieder auf.

Praktisch alle Geflüchteten haben bei ihrer Ankunft in Deutschland keine Deutschkenntnisse. Diese verbessern sich aber im Laufe der Zeit deutlich. Laut **Abbildung 10** weisen Geflüchtete, die seit mindestens zehn Jahren in Deutschland sind, im Vergleich zur Situation in den meisten anderen Ländern verhältnismäßig gute Sprachkenntnisse auf. Nahezu 60 % geben an, flüssig Deutsch zu sprechen. Auf Geflüchtete, die in den letzten zehn Jahren eingereist sind, treffen diese guten Ergebnisse jedoch nicht zu. Der Anteil der Geflüchteten, die angeben, über fortgeschrittene Kenntnisse der Sprache des Aufnahmelandes zu verfügen, ist in Deutschland zwar größer als in Österreich oder den

■ Abbildung 10 ■

Schon länger im Land ansässige Geflüchtete haben überall bessere Sprachkenntnisse, insbesondere aber in Deutschland

Fortgeschrittene oder muttersprachliche Kenntnisse der Sprache des Aufnahmelandes (Eigenangaben) von Geflüchteten, nach Aufenthaltsdauer, 15- bis 64-Jährige, 2021



Quelle: EU-AKE 2021.

7. In zahlreichen Ländern ist die Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Aufenthaltsdauer aufgrund des geringen Stichprobenumfangs nicht möglich.



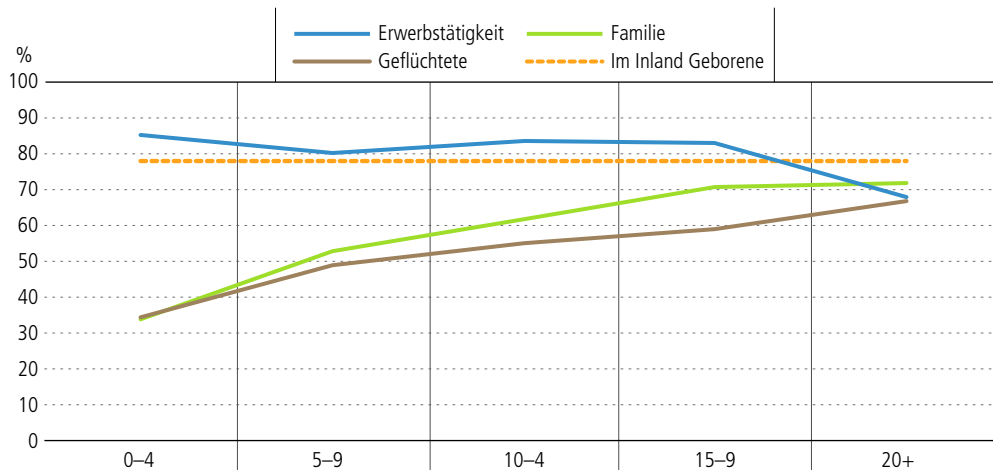
Niederlanden, gegenüber den nordischen Ländern, die massiv in strukturierte Integrationsprogramme investiert haben, weist Deutschland jedoch nach wie vor einen Rückstand auf. In den letztgenannten Ländern ist die Lage ähnlich wie in Belgien und Frankreich, wo ein relativ großer Teil der Geflüchteten Französisch als Muttersprache hat. Da Geflüchtete mit weniger als zehn Jahren Aufenthalt in Deutschland ihre Sprachkenntnisse immer noch weiter ausbauen, ist noch nicht klar, ob sie ähnlich gute Ergebnisse erzielen werden, wie Kohorten, die bereits länger im Land sind. Auf der einen Seite profitiert die in jüngerer Zeit ins Land gekommene Kohorte von einer besseren Förderstruktur und nimmt Eigenangaben zufolge viel häufiger an Sprachkursen teil als Geflüchtete, die vor mehr als zehn Jahren ins Land kamen (84 % vs. 60 %). Auf der anderen Seite weisen Neueingewanderte niedrigere Bildungsabschlüsse auf, was den Spracherwerb erschweren könnte. In der Tat haben Geflüchtete mit Grundschulbildung in der Regel deutlich geringere Sprachkompetenzen als Geflüchtete mit Abschluss im Sekundarbereich I. Dies legt den Schluss nahe, dass Investitionen in die Bildung der Geflüchteten auch ihre Sprachkenntnisse verbessern könnten.

Aufgrund ihrer erzwungenen Migration zählen Geflüchtete zu den vulnerabelsten Gruppen am Arbeitsmarkt, ihre Ergebnisse verbessern sich aber im Laufe der Zeit.⁸ Die Erwerbstätigenquoten von Geflüchteten sind in Deutschland zunächst sehr niedrig (34 %), steigen nach den ersten fünf Jahren aber stark. Unter den Geflüchteten, die seit mehr als zwanzig Jahren im Land sind, sind die Erwerbstätigenquoten doppelt so hoch wie unter Neueingewanderten. Sie liegen aber dennoch nach wie vor weit unter denen der im Inland Geborenen (**Abbildung 11**). Bei nach- oder mitgereisten Familienangehörigen, die bei ihrer Ankunft ebenfalls generell nur eine geringe Arbeitsmarktbindung aufweisen, ist ein ähnlicher Trend zu beobachten, mit zunehmender Aufenthaltsdauer verbessern sich jedoch ihre Beschäftigungsergebnisse. Im Gegensatz dazu haben Migrant*innen, die zu Beschäftigungszwecken ins Land kommen, gleich bei der Ankunft sehr hohe Erwerbstätigenquoten (85 %), die relativ hoch bleiben und allmählich zurückgehen, wenn die Eingewanderten sich dem Rentenalter nähern.

■ **Abbildung 11** ■

Die Beschäftigungsergebnisse von Geflüchteten verbessern sich im Zeitverlauf deutlich

Erwerbstätigenquote nach Migrationsgrund und Aufenthaltsjahren in Deutschland, 15- bis 64-Jährige, 2021



Quelle: EU-AKE 2021.

In Deutschland sind hochqualifizierte Geflüchtete bei der Suche nach einer ihren Qualifikationen entsprechenden Beschäftigung mit mehr Hindernissen konfrontiert als in anderen Hauptzielländern (**Abbildung 12**). Weniger als drei von fünf Geflüchteten mit Hochschulabschluss sind erwerbstätig, und nahezu die Hälfte derjenigen, die erwerbstätig sind, sind in Positionen tätig, für die sie formal überqualifiziert sind. Dagegen ist die Erwerbstätigenquote von Geflüchteten mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau mit der von Geflüchteten in der EU insgesamt vergleichbar. Die formalen Qualifikationen der Geflüchteten werden zwar praktisch überall als nicht gleichwertig betrachtet, in Deutschland sind die Überqualifizierungsquoten jedoch besonders hoch. Dies ist z. T. darauf zurückzuführen, dass der Anerkennung ausländischer Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine hohe Bedeutung

8. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Daten im Zeitverlauf nicht dieselben Personen erfassen. Differenzen bei den Erwerbstätigenquoten lassen sich möglicherweise auch durch unterschiedliche Merkmale der Migrantenkohorten erklären.

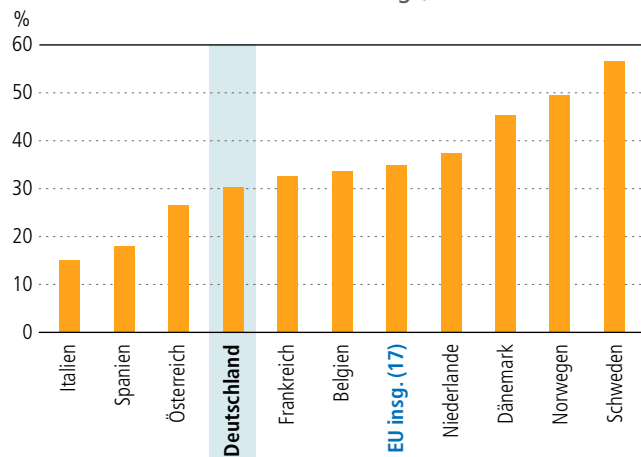


beigemessen wird. Hierdurch verschärft sich das Problem jener Geflüchteten, die keine Nachweise für die von ihnen erworbenen Diplome und Qualifikationen erbringen können. Außerdem spielen Sprachkenntnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Mangelnde Kenntnisse können für Geflüchtete, die hochqualifizierte Arbeitsplätze anstreben, ein Hindernis sein. In einer Umfrage der OECD, des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden und Geflüchteten gaben rd. 80 % der Arbeitgeber in Deutschland an, dass für hochqualifizierte Stellen in ihrem Unternehmen sehr gute Sprachkenntnisse erforderlich sind. Für Tätigkeiten mit mittlerem Qualifikationsniveau setzten 40 % der befragten Arbeitgeber sehr gute und 52 % gute Sprachkenntnisse voraus (OECD, 2017_[13]).

■ Abbildung 12 ■

Weniger als ein Drittel der hochqualifizierten Geflüchteten arbeitet in Berufen, die ihren Qualifikationen entsprechen

Anteil der Eingewanderten mit Hochschulabschluss, die in hochqualifizierten Berufen tätig sind, 15- bis 64-Jährige, 2021



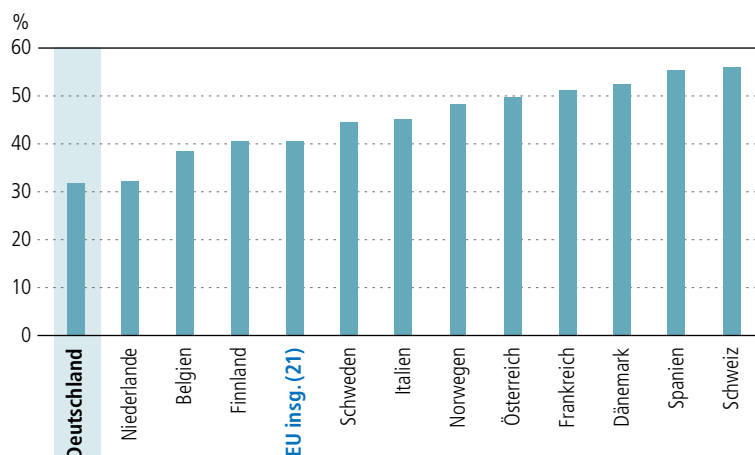
Quelle: EU-AKE 2021.

Eine weitere Gruppe, der besondere Aufmerksamkeit gebührt, sind weibliche Flüchtlinge. Aus früheren Arbeiten der OECD geht hervor, dass weibliche Geflüchtete aufgrund kumulierter Hindernisse in Verbindung mit ihrem Migrationsstatus, Geflüchtetenstatus und Geschlecht dreifach benachteiligt sind (Liebig und Tronstad, 2018_[14]). Weibliche Geflüchtete in Beschäftigung zu bringen, stellt überall eine Herausforderung dar. In Deutschland, wo weniger als ein Drittel von ihnen erwerbstätig ist, sind ihre Erwerbstätigenquoten aber besonders niedrig (**Abbildung 13**). Die Erwerbstätigenquoten weiblicher Geflüchteter variieren je nach Bildungsniveau stärker als

■ Abbildung 13 ■

Weibliche Geflüchtete sind auf dem Arbeitsmarkt eine vulnerable Gruppe, insbesondere in Deutschland

Erwerbstätigenquoten, 15- bis 64-Jährige, 2021



Quelle: EU-AKE 2021.



bei männlichen Geflüchteten. In Deutschland ist mehr als die Hälfte der weiblichen Geflüchteten mit mittlerem und hohem Bildungsniveau erwerbstätig. Unter den weiblichen Geflüchteten mit niedrigem Bildungsniveau sind dagegen nur zwei Fünftel. Das Geschlechtergefälle zwischen männlichen und weiblichen Geflüchteten ist folglich unter Migrant*innen mit niedrigem Bildungsniveau am größten.

III.3. Chancengleichheit für Kinder von Eingewanderten sicherstellen

Mehr als ein Viertel der Kinder und jungen Menschen unter 34 Jahren ist entweder nach Deutschland eingewandert oder hat zwei eingewanderte Elternteile. Ihr Anteil ist in den vergangenen zehn Jahren stark gestiegen. Die Zahl der im Inland geborenen Kinder unter 15 Jahren mit zwei eingewanderten Elternteilen ist mit nahezu 2 Millionen größer als die Zahl der im Ausland geborenen Kinder (weniger als 1 Million). Unter den 15- bis 34-Jährigen ist das Gegenteil der Fall. In dieser Altersgruppe liegt die Zahl der im Inland Geborenen mit zwei im Ausland geborenen Elternteilen bei über 1 Million und die der Eingewanderten bei nahezu 4 Millionen.

In wichtigen EU-Zielländern, darunter Deutschland, sind Kinder von Eingewanderten in sozioökonomisch benachteiligten Familien überrepräsentiert. Dies führt zu Disparitäten bei den Ressourcen und Chancen im Vergleich zu Kindern im Inland geborener Eltern. Auch wenn Migrantenkinder in Deutschland weniger von relativer Armut betroffen sind als in den meisten anderen Hauptzielländern, sind die Unterschiede zu den Kindern der im Inland Geborenen nach wie vor groß.⁹ Etwa ein Drittel der Kinder von Eingewanderten lebt unter solchen Bedingungen. Das sind nahezu dreimal so viele wie unter den Kindern mit im Inland geborenen Eltern. Würde die Armutshäufigkeit unter Kindern eingewanderter Eltern auf dem gleichen Niveau liegen wie unter Kindern im Inland geborener Eltern, würde mehr als eine halbe Million Kinder weniger in relativer Armut leben. Am stärksten gefährdet sind – ähnlich wie bei Haushalten im Inland Geborener – Kinder, die in alleinerziehenden Migrantenhaushalten aufwachsen. Von ihnen lebt fast die Hälfte in relativer Armut.

Das gestiegene Armutsrisiko der Eingewanderten – in Kombination mit ihrer Konzentration in städtischen Gebieten und einer größeren durchschnittlichen Haushaltsgröße – wirkt sich negativ auf die Wohnverhältnisse der Eingewanderten und ihrer Kinder aus. In Deutschland lebt ungefähr ein Viertel der Kinder mit eingewanderten Eltern in einer überbelegten Wohnung, unabhängig davon, ob die Eltern aus EU- oder Nicht-EU-Ländern kommen.¹⁰ Dieser Anteil ist rund viermal so hoch wie in Haushalten im Inland Geborener, womit Deutschland in der Mitte der Länderverteilung liegt. Kinder von Eingewanderten sind beim Zugang zu Bildung häufig mit Hindernissen konfrontiert, wie Sprachbarrieren, Diskriminierung oder sozioökonomische Unterschiede. Trotz der Vorteile, die die FBBE für die soziale, sprachliche und kognitive Entwicklung von Kindern bietet, nehmen sie seltener daran teil. Selbst im Aufnahmeland geborene und aufgewachsene Kinder von eingewanderten Eltern müssen in der Regel mehr Hürden überwinden und schneiden folglich in der Schule schlechter ab als Kinder im Inland geborener Eltern. Dies ist in den meisten europäischen Hauptzielländern der Fall.

Im Inland geborene Kinder von Eingewanderten schnitten beim PISA-Test in Deutschland besser ab als in den meisten anderen europäischen Zielländern (**Abbildung 14** für Ergebnisse im Bereich Lesekompetenz; ähnliche Ergebnisse sind im Bereich Mathematik zu beobachten). Dies steht im Gegensatz zur Situation Anfang der 2000er Jahre, als die Leistungen im Inland geborener Kinder von Eingewanderten in Deutschland schlechter ausfielen als in den meisten anderen Hauptzielländern. Der Abstand zu den Kindern mit im Inland geborenen Eltern war mehr als doppelt so groß wie heute.

Bei Kindern, die selbst im Ausland geboren wurden, ist die Situation anders. Sie sind in der Schule mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert, wie dem Erlernen einer neuen Sprache oder der Anpassung an ein neues Lernumfeld. Geflüchtete Schüler*innen haben noch größere Hürden zu überwinden, da sie häufig auch psychische Belastungen bewältigen müssen. Außerdem erhielten viele von ihnen aufgrund von Kriegen oder gewaltsamen Konflikten in ihren Herkunftsländern und längeren Aufenthalten in Flüchtlingslagern und Aufnahmezentren vor, während und nach ihrer Migration keine angemessene Schulbildung.

9. Die relative Armutsquote (oder Armutsgefährdungsquote) entspricht dem Anteil der Unter-16-Jährigen, die unter der länderspezifischen Armutsgrenze leben. Die in dieser Publikation verwendete Eurostat-Definition der Armutsgrenze liegt bei 60 % des verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens des jeweiligen Landes (vgl. Indikator 4.2 in OECD/Europäische Kommission [2023]^[1] wegen näherer Einzelheiten).

10. Eine Wohnung gilt als überbelegt, wenn die Zahl der Räume niedriger ist als die Summe aus einem Wohnzimmer, einem Raum für jede alleinstehende Person bzw. das Paar, die/das für die Wohnung verantwortlich ist, einem Raum für je zwei zusätzliche Erwachsene und einem Raum für je zwei Kinder.

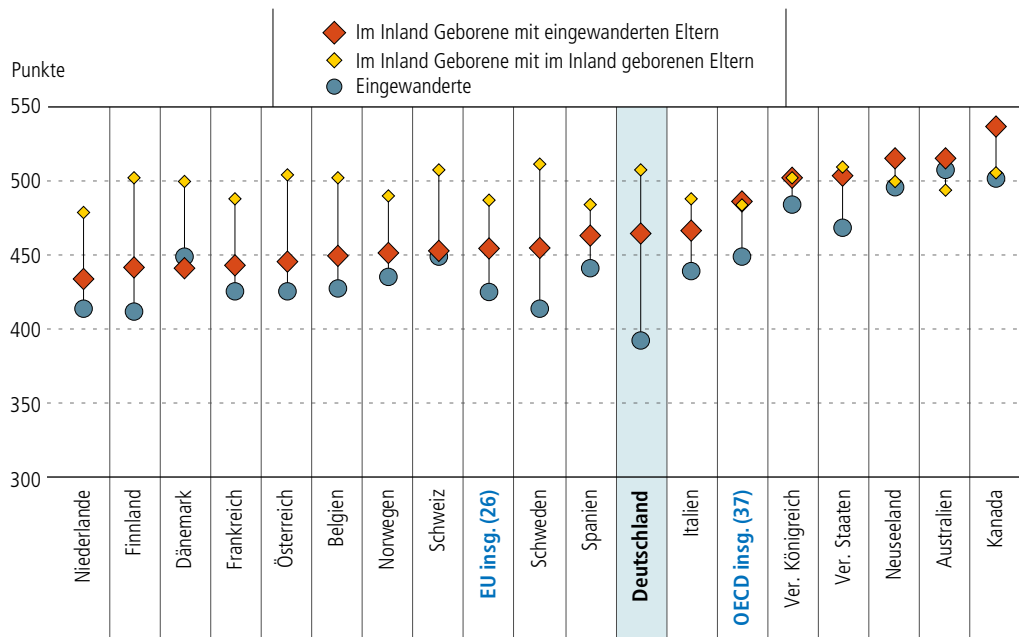


Eingewanderte Schüler*innen schneiden in Bereichen wie Lesekompetenz und Mathematik im Durchschnitt um mehr als 100 Punkte (was in etwa den Lernfortschritten von mehreren Schuljahren entspricht) schlechter ab als Schüler*innen mit im Inland geborenen Eltern. Etwa drei Fünftel der eingewanderten Schüler*innen erreichen das Basisniveau der Lesekompetenz nicht, verglichen mit einem Sechstel der in Deutschland geborenen Schüler*innen im Inland geborener Eltern.¹¹ Des Weiteren sind die durchschnittlichen Leistungen eingewanderter Schüler*innen in Lesekompetenz und Mathematik in Deutschland schlechter als in praktisch allen anderen wichtigen Zielländern, und dies selbst nach Bereinigung um ihren sozioökonomischen Status und die zu Hause gesprochene Sprache.

■ Abbildung 14 ■

Eingewanderte Schüler*innen weisen in Deutschland eine geringere Lesekompetenz auf als in den meisten anderen europäischen Zielländern

Durchschnittliche Punktzahl im PISA-Bereich Lesekompetenz, 15- bis 16-jährige Schüler*innen, 2022



Anmerkung: Bei der Interpretation der Schätzungen für Australien, Dänemark, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten ist Vorsicht geboten, da ein oder mehrere PISA-Stichprobenstandards nicht eingehalten wurden (vgl. OECD, 2023_[15] wegen weiterer Informationen).

Quelle: OECD, PISA-2022-Datenbank.

Wie groß die Herausforderungen für eingewanderte PISA-Teilnehmer*innen sind, hängt von ihrem Alter bei der Ankunft im Aufnahmeland ab. In Deutschland kamen die meisten eingewanderten Schüler*innen nach dem Alter von sechs Jahren ins Aufnahmeland, was z. T. auf die hohen Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015/2016 zurückzuführen ist. Nur ein Viertel der Schüler*innen begann die Grundschule in Deutschland. Daher ist der Anteil der Schüler*innen, deren Schullaufbahn unterbrochen wurde, besonders groß.¹²

Allerdings schneiden eingewanderte Schüler*innen in Deutschland unabhängig vom Alter bei ihrer Ankunft schlechter ab als in anderen Hauptzielländern (**Abbildung 15**).

Außerdem zeigen die PISA-Ergebnisse im Bereich Lesekompetenz in Deutschland in der aktuellen Erhebungsrunde insbesondere unter den Eingewanderten einen starken Leistungsrückgang (**Abbildung 16**). Dieser Leistungsrückgang hat die bestehenden Unterschiede zwischen eingewanderten und in Deutschland geborenen Schüler*innen verschärft. Nach bedeutenden Verbesserungen in den 2000er Jahren setzte bei den eingewanderten Schüler*innen 2015 ein Leistungsabfall ein, der sich 2022 weiter verstärkte. Zwar gingen auch die PISA-Punktzahlen der im Inland geborenen Schüler*innen OECD-weit zurück, doch war der Rückgang unter den eingewanderten Schüler*innen in Deutschland sehr viel ausgeprägter.

11. Zur Beurteilung der Kompetenzen der Schüler*innen werden in der PISA-Studie acht Kompetenzstufen verwendet. Das Mindestkompetenzniveau ist definiert als das Erreichen von mindestens Kompetenzstufe 2 (vgl. (OECD, 2023_[15]) wegen weiterer Informationen).

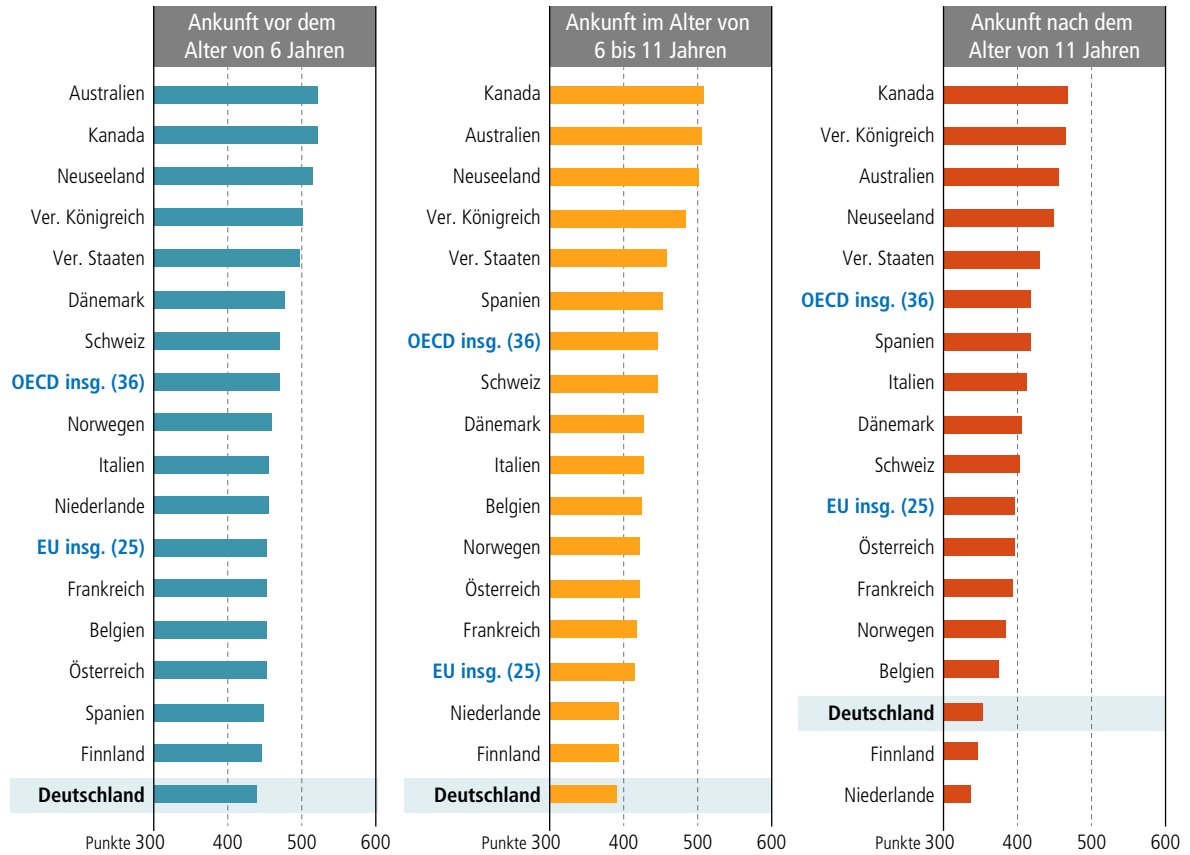
12. Neu eingewanderte Schüler*innen werden in einigen Bundesländern sofort in den Regelunterricht aufgenommen, während sie in anderen Ländern zunächst in separaten Kursen unterrichtet werden (Willkommensklassen, Vorbereitungsklassen, Vorkurse, Brückenklassen usw.).



Abbildung 15

Unabhängig vom Ankunftsalter erzielen eingewanderte Schüler*innen im PISA-Lesekompetenztest in Deutschland schlechtere Ergebnisse als in anderen Ländern

Durchschnittliche Punktzahl im PISA-Bereich Lesekompetenz, 15- bis 16-jährige Schüler*innen, 2022



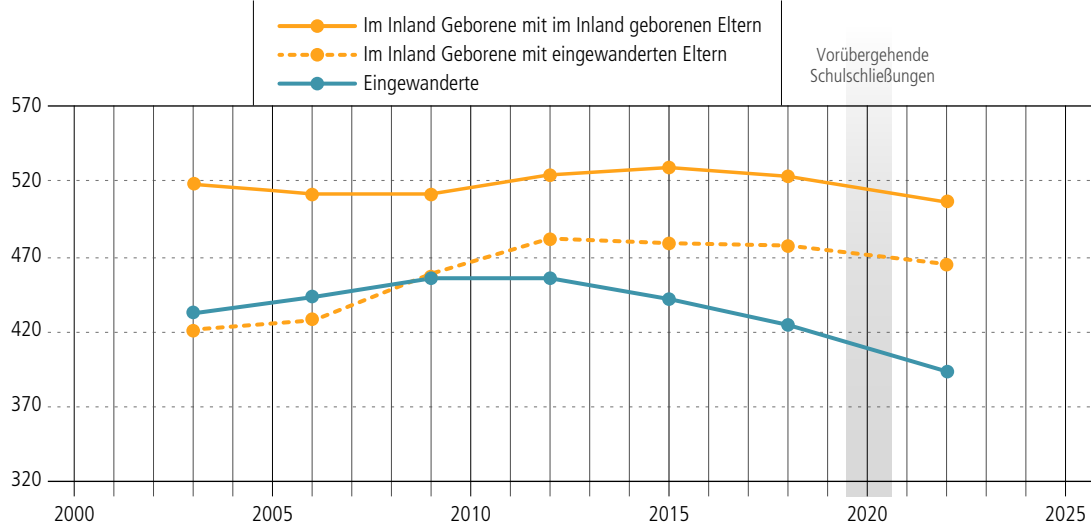
Anmerkung: Bei der Interpretation der Schätzungen für Australien, Dänemark, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten ist Vorsicht geboten, da ein oder mehrere PISA-Stichprobenstandards nicht eingehalten wurden (vgl. OECD, 2023_[15]) wegen weiterer Informationen.

Quelle: OECD, PISA-2022-Datenbank.

Abbildung 16

Die PISA-Ergebnisse eingewandelter Schüler*innen im Bereich Lesekompetenz sind in Deutschland seit 2015 stark zurückgegangen, die Ergebnisse im Inland geborener Kinder von Eingewanderten sind indessen deutlich besser als Anfang der 2000er Jahre

Durchschnittliche Punktzahl im PISA-Bereich Lesekompetenz, 15- bis 16-jährige Schüler*innen, 2003–2022



Quelle: OECD, PISA-Datenbank 2003–2022.



Kasten 7 Die OECD-Länder adressieren die Bildungshindernisse, denen sich junge Menschen mit eingewanderten Eltern gegenübersehen, auf verschiedene Art und Weise

Die OECD-Länder verfolgen unterschiedliche Ansätze, um die Integration junger Menschen mit eingewanderten Eltern in das Bildungssystem zu fördern.

- **Sicherstellen, dass alle Kinder bei Schulbeginn die gleichen Chancen haben:** Die OECD-Länder haben die Finanzierbarkeit von und die Zugänglichkeit zu FBBE-Maßnahmen verbessert und Initiativen entwickelt, um das Bewusstsein eingewanderter Eltern für die Bedeutung von Vorschulunterricht zu schärfen. Beispiele hierfür sind Hausbesuche, die Bereitstellung von Lernressourcen und -informationen, die Einstellung von Fachkräften und die Ausbildung von Erzieher*innen in Vorschuleinrichtungen für die Arbeit mit Kindern mit unterschiedlichem kulturellem und sprachlichem Hintergrund. Des Weiteren bieten die Länder Sprachtests und Unterstützung an. In Deutschland ist das Alter, in dem Kinder auf Sprachschwierigkeiten getestet werden, in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. In Hessen werden beispielsweise in allen FBBE-Einrichtungen routinemäßig Sprachtests bei 4-Jährigen durchgeführt. Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen müssen vor Eintritt in die Grundschule an einer einjährigen Sonderförderung in Form eines Vorlaufkurses teilnehmen.
- **Flexible Bildungswege für junge Menschen anbieten, die nach Beginn der Grundschulzeit ins Land kommen:** Mehrere Länder haben das Alter, in dem die Schüler*innen in verschiedene Bildungsgänge eingeteilt werden, angehoben (z. B. Polen, Spanien). Als Reaktion auf die hohe Zahl an jungen Menschen auf der Flucht, die in den Jahren 2015/2016 ins Land kamen, hat Bayern das Alter für die Berufsschulpflicht von 18 auf 21 und in einigen Fällen sogar auf 25 Jahre angehoben. Einige OECD-Länder haben für neu eingewanderte Schüler*innen zeitlich begrenzte Aufnahme- oder Sprachkurse eingeführt. Außerdem bieten sie Schüler*innen und ihren Eltern ergänzende Informationen und Orientierungshilfen zum Bildungssystem und -umfeld. Kanada hat Programme eingerichtet, um eingewanderte und geflüchtete Schüler*innen vor Beginn des Schuljahres mit dem schulischen Umfeld vertraut zu machen. Das Mentoring durch Lehrkräfte, Einwanderungsberater*innen und Peer-Leaders hilft den Lernenden, Beziehungen aufzubauen, Unterrichtsziele zu erreichen, ihre sozialen und sprachlichen Kompetenzen zu verbessern und sich in den breiteren gesellschaftlichen Kontext zu integrieren.
- **Die Konzentration benachteiligter junger Menschen mit eingewanderten Eltern in den Schulen verringern oder ihre negativen Folgen mindern:** Die Stadt Kopenhagen hat eingewanderte Eltern beispielsweise ermutigt, für ihre Kinder Schulen zu wählen, deren Schülerpopulation nicht überwiegend aus Migrantenkindern besteht und umgekehrt. Die teilnehmenden Schulen boten Lehrkräften und Integrationsberater*innen sowie Übersetzer*innen mit Migrationserfahrung Vorbereitungskurse und Schulungen an. Andere OECD-Länder haben Schritte unternommen, um das Lernumfeld und die Bildungsqualität in Schulen zu verbessern, in denen die Konzentration benachteiligter Schüler*innen über dem nationalen Durchschnitt liegt. Neuseeland stellt beispielsweise Schulen Mittel zur Verfügung, um den Bedürfnissen von Schüler*innen gerecht zu werden, deren Eltern Geflüchtete sind. Mit diesen Mitteln werden u. a. zweisprachige Lehrkräfte im Regelunterricht, Bildungskoordinator*innen und Verbindungsbeauftragte finanziert, um den Kontakt zwischen Schulen, Familien und dem Lebensumfeld zu verbessern.

Quelle: OECD, 2021^[16].

Der vorliegenden Analyse lässt sich nicht entnehmen, wo die Ursachen für den bedeutenden Leistungsrückgang im Jahr 2022 liegen, aus früheren Forschungsarbeiten geht jedoch hervor, dass die vergleichsweise langen Schulschließungen während der Covid-19-Pandemie in Deutschland insbesondere bei benachteiligten Schüler*innen zu Lernrückständen geführt haben (z. B. Maldonado und De Witte, 2022^[17]; Engzell, Frey und Verhagen, 2021^[18]). Zu den möglichen Gründen für die Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen, zählten das fehlende förderliche Lernumfeld zuhause, die begrenzten Möglichkeiten des Homeoffice für Eltern, um ihren Kindern zur Seite zu stehen sowie



bereits vorhandene Lerndefizite, die es den Betroffenen erschwerten, dem Lehrplan per Fernunterricht zu folgen. Sprachbarrieren und die geringere Vertrautheit mit dem Schulsystem sind weitere Faktoren, die diese Probleme von eingewanderten Schüler*innen möglicherweise noch weiter verschärfen (OECD, 2020_[19]; OECD, 2022_[20]).

Um es jungen Menschen mit eingewanderten Eltern zu ermöglichen, ihr Potenzial im Bildungssystem voll zu entfalten, haben die OECD-Länder Maßnahmen eingeführt, die auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnitten sind (**Kasten 7**).

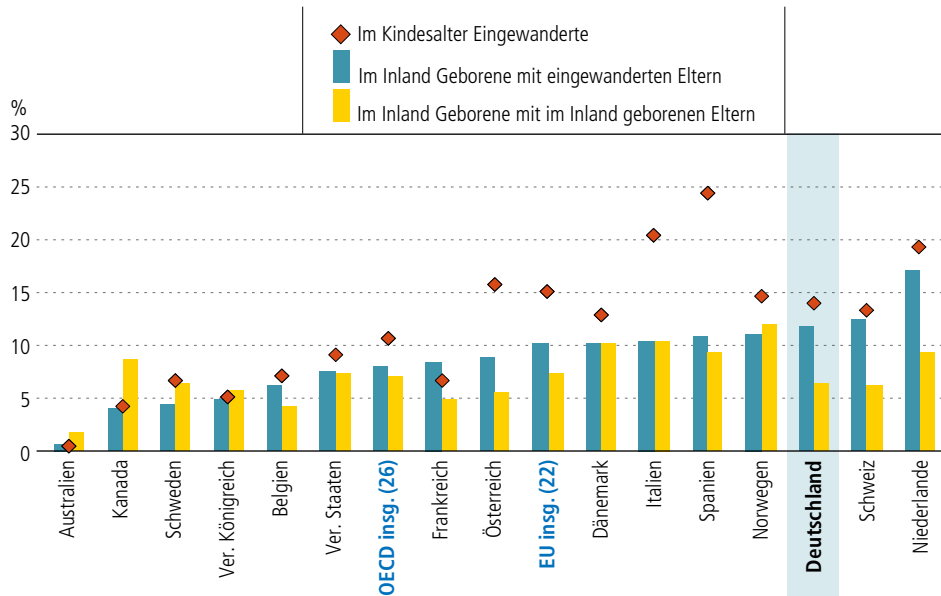
Die Tatsache, dass Schüler*innen mit eingewanderten Eltern im Bildungssystem mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, zeigt sich auch darin, dass sie die Schule mit größerer Wahrscheinlichkeit vorzeitig verlassen. Mehr als ein Zehntel der in Deutschland geborenen jungen Menschen (15–24 Jahre) mit eingewanderten Eltern und ein Siebtel der im Kindesalter nach Deutschland eingewanderten jungen Menschen befinden sich nicht in formaler Bildung oder Ausbildung und haben höchstens einen Abschluss des Sekundarbereichs I (**Abbildung 17**). Dieser Anteil ist doppelt so hoch wie bei jungen Menschen mit im Inland geborenen Eltern.

In ähnlicher Weise sehen sich junge Menschen mit eingewanderten Eltern beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben Herausforderungen gegenüber. Dies kann an fehlenden sozialen Netzwerken, begrenzten Kenntnissen des Arbeitsmarkts, Diskriminierung und anderen Faktoren liegen. In Deutschland und anderen europäischen Hauptzielländern ist das Risiko für sie größer, der NEET-Gruppe anzugehören, d. h. weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung zu sein. Etwa ein Achtel der jungen Menschen, die im Kindesalter nach Deutschland kamen oder als Kinder eingewanderter Eltern in Deutschland geboren wurden, gehört zur NEET-Gruppe. Unter den jungen Menschen mit im Inland geborenen Eltern ist es dagegen nur eine*r von vierzehn. Im internationalen Vergleich sind diese Zahlen allerdings nicht hoch.

■ Abbildung 17 ■

Bei jungen Menschen mit eingewanderten Eltern ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Schulbildung vorzeitig abbrechen, doppelt so groß wie unter jungen Menschen mit im Inland geborenen Eltern

Anteil der jungen Menschen (15–24 Jahre), die weder in Bildung noch in Ausbildung sind und höchstens einen Abschluss des Sekundarbereichs I haben, 2021 oder letztverfügbares Jahr



Anmerkung: Die Zahlen für das Vereinigte Königreich sind nicht vollauf mit denen anderer Länder vergleichbar, da die Unterscheidung zwischen Kindern eingewanderter Eltern und Kindern im Inland geborener Eltern auf Eigenangaben zur ethnischen Zugehörigkeit beruht.

Quelle: EU-AKE 2021. Australien und Kanada: Zensus 2016. Vereinigtes Königreich: Nationale AKE 2020. Current Population Survey (CPS) 2020 für die Vereinigten Staaten.



Eine auf Gleichberechtigung und Teilhabe basierende Gesellschaft schaffen

Das Wichtigste in Kürze:

- Eingewanderte sind in Deutschland unter den von relativer Armut betroffenen Menschen zwar überrepräsentiert, das Armutsniveau und das Armutsgefälle gegenüber den im Inland Geborenen sind jedoch kleiner als in den meisten vergleichbaren Ländern.
- In der deutschen Öffentlichkeit wird der wirtschaftliche Beitrag von Eingewanderten weitgehend anerkannt – fast die Hälfte schätzt die wirtschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung positiv ein. Der Integrationsfortschritt bleibt jedoch häufig unbemerkt, was zu einer weniger positiven Einschätzung der Integrationserfolge führt.
- Ein erheblicher Teil der Nicht-EU-Migrant*innen (20 %) und der jungen im Inland Geborenen mit eingewanderten Eltern (23 %) hat in Deutschland den Eindruck, einer diskriminierten Gruppe anzugehören. Im Vergleich zu anderen Ländern ist das öffentliche Bewusstsein für dieses Problem jedoch begrenzt.

Ein gleichberechtigter Zugang Eingewanderter zu Ressourcen und Chancen hilft beim Aufbau einer teilhabeorientierten Gesellschaft und fördert den sozialen Zusammenhalt. Er ist Voraussetzung für den Erfolg Eingewanderter in der Gesellschaft. In diesem Abschnitt werden die Unterschiede bei den Lebensbedingungen (Wohnen und Einkommen) zwischen Eingewanderten und im Inland Geborenen analysiert. Anschließend werden Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Wahrnehmung, Diskriminierungserfahrungen von Eingewanderten sowie ihre politische und soziale Teilhabe untersucht. Im Gegensatz zu den Arbeitsmarkt- und Bildungsergebnissen liegen zu den gesellschaftlichen Integrationsergebnissen weniger international vergleichbare Daten vor. Die begrenzte Evidenz deutet jedoch darauf hin, dass die Ergebnisse in Deutschland nicht ungünstiger sind als in vergleichbaren Ländern: Bei den meisten Indikatoren liegt Deutschland in der Mitte der Verteilung.

IV.1. Gleiche Lebensbedingungen fördern

Eingewanderte haben fast im gesamten OECD-Raum ein niedrigeres mittleres jährliches verfügbares Haushaltseinkommen als im Inland Geborene.¹³ In Deutschland haben erwerbstätige Nicht-EU-Migrant*innen ein um rd. 20 % niedrigeres Einkommen als im Inland Geborene mit gleichem formalem Bildungsniveau, während die Einkommen der EU-Migrant*innen um 12 % niedriger sind. Damit liegt Deutschland in der Mitte der Länderverteilung.

Unter den Menschen, die in relativer Armut leben, d. h. deren Einkommen weniger als 60 % des Medianeinkommens beträgt, sind Eingewanderte ebenfalls überrepräsentiert. Mehr als ein Viertel der Eingewanderten ist von relativer Armut betroffen, gegenüber weniger als einem Sechstel der im Inland Geborenen. Diese Differenz ist zwar groß, aber sowohl das Armutsniveau als auch das Armutsgefälle gegenüber den im Inland Geborenen sind kleiner als in den meisten anderen Ländern mit einem erheblichen Anteil geringqualifizierter Eingewanderter.

Bei der Vermeidung von Erwerbstätigenarmut schneidet Deutschland im internationalen Vergleich jedoch weniger gut ab, und Eingewanderte sind besonders betroffen. Mehr als ein Viertel der erwerbstätigen geringqualifizierten Eingewanderten aus Nicht-EU-Staaten und fast ein Fünftel der in der EU geborenen geringqualifizierten Ein-

13. Das jährliche verfügbare Einkommen eines Haushalts entspricht seinem durch die Quadratwurzel der Haushaltsgröße bereinigten Pro-Kopf-Gesamteinkommen aus Erwerbstätigkeit und Kapitalerträgen. Das Medianeinkommen teilt die Haushalte in zwei Hälften: Die eine Hälfte bezieht mehr, die andere weniger.



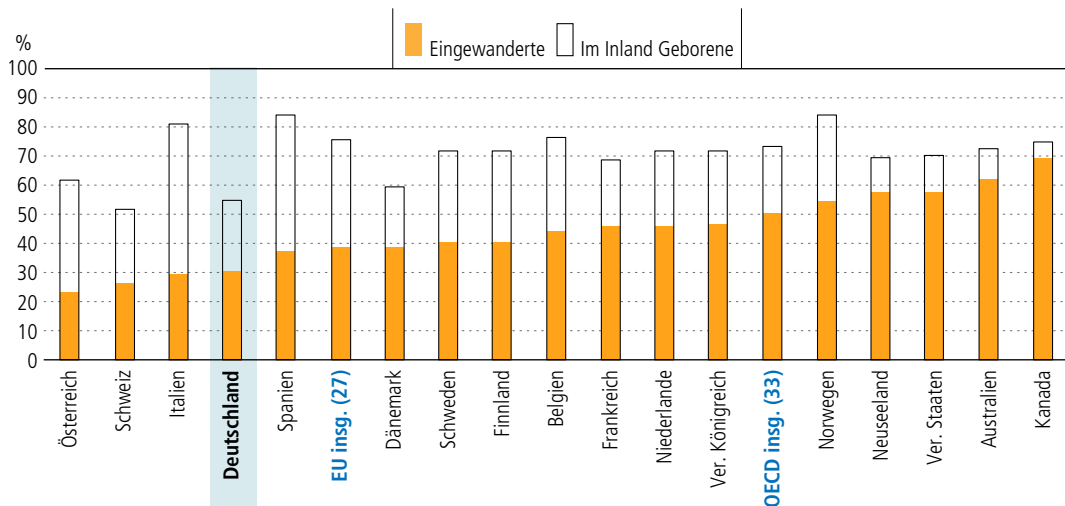
gewanderten sind trotz Erwerbstätigkeit von Armut betroffen, im Vergleich zu einem Siebtel der im Inland geborenen Geringqualifizierten. Dieses Phänomen könnte teilweise auf den relativ großen Niedriglohnsektor und den hohen Anteil der Teilzeitbeschäftigung bei Frauen zurückzuführen sein (Hanesch, 2019_[21]).

Wohnungsprobleme sind unter Eingewanderten ebenfalls stärker ausgeprägt als unter im Inland Geborenen, insbesondere unter Migrant*innen, die in den letzten zehn Jahren eingewandert sind. In Deutschland gelten zwar nur wenige Eingewanderte als durch die Wohnkosten überbelastet (wovon gesprochen wird, wenn mehr als 40 % des verfügbaren Einkommens für die Miete aufgewendet werden), häufig finden sie jedoch keine geeignete Wohnung für ihre im Durchschnitt größeren Haushalte. Etwa 28 % der Migrant*innen, die vor weniger als zehn Jahren eingewandert sind, leben in überbelegten Wohnungen (vgl. [Abschnitt III.3](#) wegen einer Definition). Damit ist dieser Anteil höher als in den anderen Hauptzielländern mit Ausnahme von Österreich und Italien. Bei den früher eingewanderten Migrant*innen sowie bei den im Inland Geborenen ist der Anteil mit 11 % bzw. 5 % viel niedriger. Darüber hinaus besitzen Eingewanderte seltener Wohneigentum als im Inland Geborene. Der deutsche Wohnimmobilienmarkt ist allgemein durch niedrige Eigentumsquoten gekennzeichnet, Eingewanderte stehen mit einer Wohneigentumsquote von nur 30 % aber vor besonderen Herausforderungen (**Abbildung 18**). Diese Quote gehört zu den niedrigsten unter den Hauptzielländern und ist nur gut halb so hoch wie in der im Inland geborenen Bevölkerung. Selbst Eingewanderte, die seit mehr als zehn Jahren in Deutschland leben, besitzen mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit Wohneigentum als im Inland Geborene (40 % gegenüber 54 %). Geringere finanzielle Mittel, unzureichende Kenntnisse des Wohnungsmarkts und Diskriminierung können für Eingewanderte Hindernisse beim Kauf von Wohneigentum darstellen. Fehlendes vererbtes Wohneigentum und unterschiedliche Präferenzen und Verhaltensweisen können ebenfalls zu dieser Ungleichheit beitragen.

■ Abbildung 18 ■

In Deutschland sind die Wohneigentumsquoten der im Inland Geborenen nahezu doppelt so hoch wie die der Eingewanderten

Wohneigentumsquoten, Personen ab 16 Jahren, 2021 oder letztverfügbares Jahr



Anmerkung: Die Daten für Kanada beziehen sich auf Personen ab 15 Jahren.

Quelle: EU-SILC 2021 (2018 für das Vereinigte Königreich). Australien: SIH 2017–2018. Kanada: Zensus 2016. Neuseeland: HES 2021. Vereinigte Staaten: ACS 2019.

IV.2. Die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Wahrnehmung angehen

Die Einstellungen und Verhaltensweisen der Aufnahmegesellschaft haben maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg der Integrationsbemühungen: Positive Einstellungen können ein Umfeld schaffen, das der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration förderlich ist, negative Einstellungen können dagegen zu sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung führen und bewirken, dass sich Eingewanderte weniger in der Gesellschaft des Aufnahmelandes engagieren.



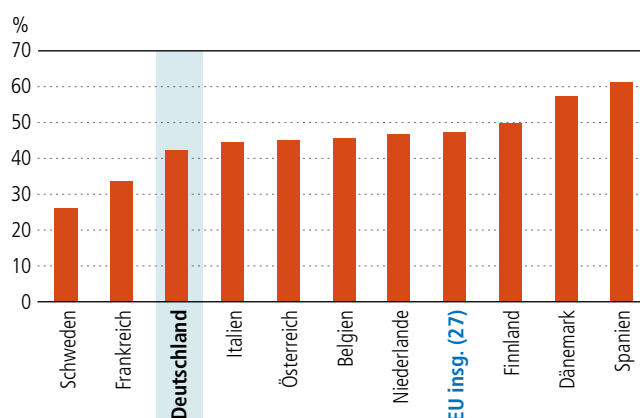
Die Europäische Sozialerhebung (European Social Survey – ESS) zeichnet ein gemischtes Bild der Einstellungen gegenüber Eingewanderten in Deutschland: Die im Inland geborene Bevölkerung schätzt den *wirtschaftlichen* Effekt von Eingewanderten positiver ein als in fast allen anderen Hauptzielländern – fast die Hälfte hatte hierzu 2020 eine positive Meinung.¹⁴ Wenn es um die Frage geht, ob das eigene Land durch Einwanderung „zu einem besseren oder schlechteren Ort zum Leben“ wird, sind die Einstellungen in Deutschland allerdings negativer als in den meisten anderen europäischen Hauptzielländern. In Deutschland antwortete nur etwas mehr als ein Viertel (27 %) der im Inland Geborenen positiv auf diese Frage. Die Hälfte hatte keine feste Meinung dazu und 23 % äußerten sich negativ. Wie in vielen anderen Ländern wurde die Einstellung der im Inland Geborenen zur Einwanderung in Deutschland in den 2010er Jahren positiver. Insbesondere der wirtschaftliche Effekt von Eingewanderten wurde in Deutschland 2020 positiver eingeschätzt als 2010.

Die positive Entwicklung der Integrationsergebnisse in diesem Zeitraum wurde in Deutschland jedoch von vielen Menschen nicht wahrgenommen. Wie das Eurobarometer 2021 zeigt, ist sich beispielsweise weniger als ein Drittel der EU-Bürger*innen in Deutschland bewusst, wie deutlich (nämlich um 7 Prozentpunkte) die Erwerbstätigenquote von Nicht-EU-Bürger*innen im letzten Jahrzehnt gestiegen ist. Dementsprechend ist die Wahrnehmung der Integration in die Aufnahmegesellschaft in Deutschland insgesamt eher pessimistisch: Nur etwa zwei Fünftel der EU-Bürger*innen in Deutschland betrachten die Integration von Nicht-EU-Migrant*innen auf nationaler Ebene als sehr oder ziemlich erfolgreich (Abbildung 19).

■ Abbildung 19 ■

Die Ansichten über die Integration von Nicht-EU-Migrant*innen sind in Deutschland weniger positiv als in den meisten anderen Ländern

EU-Bürger*innen ab 15 Jahren, die der Meinung sind, dass die Integration sehr oder ziemlich erfolgreich ist, 2021



Anmerkung: Die Schätzungen sind nicht gewichtet.

Quelle: Eurobarometer 519, 2021.

IV.3. Gegen Diskriminierung vorgehen

Da die tatsächliche Diskriminierung nur schwer zu messen ist, wird in vielen Erhebungen die subjektiv wahrgenommene Diskriminierung erfasst. Die wahrgenommene Diskriminierung entspricht nicht zwangsläufig der tatsächlichen Diskriminierung, denn sie hängt auch davon ab, wie stark die Betroffenen für die Thematik sensibilisiert sind, wie gut sie in der Lage sind, Diskriminierung zu erkennen, und welche Erwartungen sie in Bezug auf Gleichbehandlung haben. Sie ist daher ein wichtiger Indikator für den sozialen Zusammenhalt.

Laut ESS-Daten für 2012–2020 betrachtet sich fast ein Fünftel der Nicht-EU-Migrant*innen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einer Gruppe zugehörig, die aufgrund von ethnischer Herkunft, Nationalität oder rassistischen Zuschreibungen diskriminiert wird (Abbildung 20). Damit liegt Deutschland in der Mitte der Verteilung der europäischen Hauptzielländer. EU-Migrant*innen fühlen sich in Deutschland generell seltener von Diskriminierung betroffen: Nur rd. 8 % haben den Eindruck, einer diskriminierten Gruppe anzugehören.

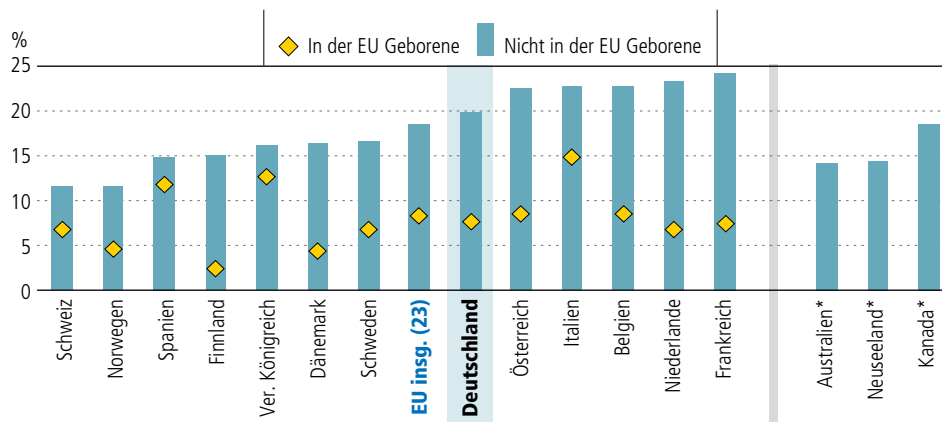
14. Dieser Indikator bezieht sich auf im Inland geborene Personen ab 15 Jahren mit Antworten von 7 bis 10 – auf einer Skala von 0 (schlecht) bis 10 (gut) – auf die Frage: „Was würden Sie sagen, ist es im Allgemeinen gut oder schlecht für die Wirtschaft von [Land], dass Eingewanderte hierherkommen?“.



■ Abbildung 20 ■

In Deutschland gibt fast ein Fünftel der Nicht-EU-Migrant*innen an, einer diskriminierten Gruppe anzugehören

Diskriminierung (Eigenangaben), 15- bis 64-Jährige, 2012–2020



Anmerkung: In den Daten für die europäischen Länder wird auf das Gefühl Bezug genommen, einer Gruppe anzugehören, die aufgrund von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft oder Nationalität diskriminiert wird.

* Die Daten für Australien beziehen sich auf Eingewanderte, die eigenen Angaben zufolge im vergangenen Jahr aufgrund von ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Nationalität, rassistischen Zuschreibungen oder Sprache diskriminiert wurden. Die kanadischen Daten beziehen sich auf Eingewanderte, die eigenen Angaben zufolge seit Beginn der Coronapandemie aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Kultur, rassistischer Zuschreibungen oder ihrer Hautfarbe diskriminiert oder unfair behandelt wurden. Die Daten für Neuseeland beziehen sich auf Eingewanderte, die eigenen Angaben zufolge aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, rassistischer Zuschreibungen oder ihrer Nationalität in den vergangenen zwölf Monaten unfair behandelt wurden oder ein unangenehmes Erlebnis hatten.

Quelle: Europäische Länder: ESS 2012–2020. Australien und Kanada: GSS 2020. Neuseeland: GSS 2021.

In nahezu allen Hauptzielländern ist die wahrgenommene Diskriminierung unter im Aufnahmeland geborenen Kindern von Eingewanderten (15- bis 34-Jährige) besonders ausgeprägt. In Deutschland geben 23 % von ihnen an, einer aufgrund von ethnischer Herkunft, Nationalität oder rassistischen Zuschreibungen diskriminierten Gruppe anzugehören, verglichen mit 14 % der Migrant*innen derselben Altersgruppe, die im Kindesalter eingewandert sind (**Abbildung 21**). Dies kann teilweise dadurch erklärt werden, dass besser integrierte und ausgebildete Menschen mit größerer Wahrscheinlichkeit Vergleiche mit anderen Gruppen anstellen, tendenziell größere Erwartungen in Bezug auf Gleichbehandlung haben und Diskriminierungsprozesse besser verstehen (OECD, 2024_[22]).

Es gibt nur wenige Vergleichsdaten zu persönlichen Diskriminierungserfahrungen (Eigenangaben). 2021 gab laut der EU-AKE in Deutschland etwa 1 von 13 Personen in der Gruppe der erwerbstätigen Nicht-EU-Migrant*innen an, am Arbeitsplatz aufgrund ihrer ausländischen Herkunft diskriminiert zu werden. Damit liegt Deutschland in der Mitte der Verteilung. In einer aktuellen Umfrage der Europäischen Agentur für Grundrechte berichteten Personen afrikanischer Herkunft in Deutschland von einem hohen Maß an Diskriminierung (FRA, 2023_[23]). Fast zwei Drittel hatten Eigenangaben zufolge im Jahr vor der Erhebung mindestens einen Diskriminierungsvorfall erlebt. Unter den 13 EU-Ländern, die an der Umfrage teilnahmen, war dieser Anteil nur in Österreich höher.

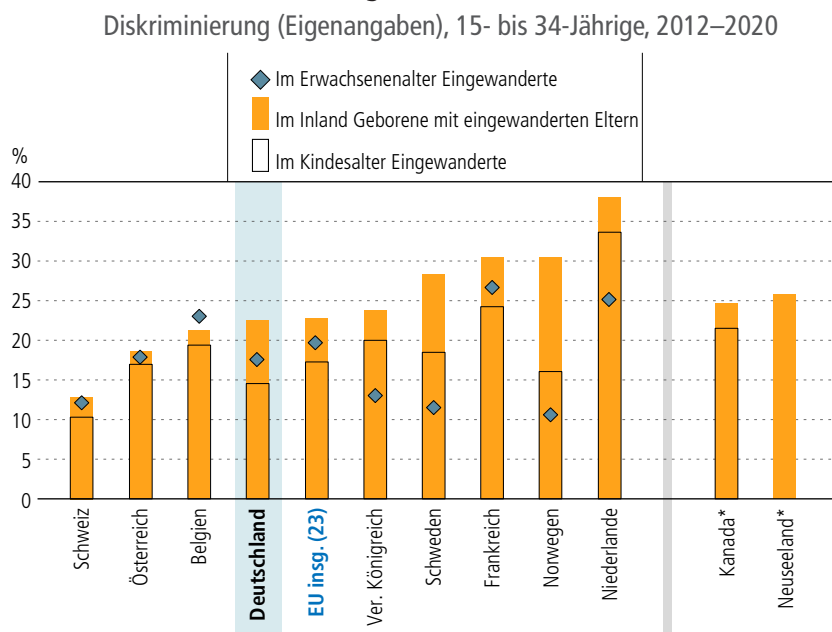
Seit 2012 hat die wahrgenommene Diskriminierung unter den Eingewanderten in Deutschland nach und nach zugenommen. Der Anteil der Nicht-EU-Migrant*innen, die sich einer diskriminierten Gruppe zugehörig fühlen, ist zwischen 2012 und 2018 um 8 Prozentpunkte gestiegen. 2020 war im Vergleich zu 2018 sogar ein noch deutlicherer Anstieg festzustellen (um 14 Prozentpunkte). Aufgrund des geringen Stichprobenumfangs bleibt jedoch unklar, ob der starke Anstieg im Jahr 2020 auf coronabedingte Diskriminierung oder eine Änderung der Erhebungsmethode in Deutschland zurückzuführen ist: Die persönliche Befragung wurde durch eine selbstadministrierte Befragung (Internet und Papier) ersetzt. Während in anderen OECD-Ländern in den letzten zehn Jahren ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen war, war der Trend andernorts weniger stark ausgeprägt.

Gleichzeitig ist die Sensibilisierung für Diskriminierung und ihre Folgen in der deutschen Bevölkerung eher gering. Die Eurobarometer-Daten zeigen, dass in Deutschland weniger als drei Fünftel der EU-Bürger*innen Diskriminierung als großes Hindernis für die erfolgreiche Integration von Nicht-EU-Migrant*innen betrachten – der geringste Anteil unter den EU-Hauptzielländern.



■ Abbildung 21 ■

Am häufigsten sind Diskriminierungserfahrungen unter im Inland geborenen jungen Menschen mit eingewanderten Eltern



Anmerkung and Quellen: vgl. Abbildung 20.

IV.4. Hindernisse für die politische und gesellschaftliche Teilhabe beseitigen

Deutschland hat den Zugang zur Staatsangehörigkeit seit Beginn des Jahrtausends durch mehrere Reformen schrittweise liberalisiert. 2020 hatten jedoch nur etwas mehr als die Hälfte der seit mehr als zehn Jahren in Deutschland ansässigen Eingewanderten die deutsche Staatsangehörigkeit, womit die Einbürgerungsquote geringer war als in den meisten anderen Hauptzielländern (**Abbildung 22**). Die niedrige Einbürgerungsquote hat zur Folge, dass fast vier Millionen solcher seit Langem in Deutschland lebender Eingewanderten von den Bundestagswahlen und anderen Rechten, die deutschen Staatsangehörigen vorbehalten sind, ausgeschlossen sind. 2021 ist die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zu 2020 jedoch leicht gestiegen – ein Trend, der sich aufgrund der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die die Einbürgerung weiter erleichtert, fortsetzen dürfte.

Da die Vorteile des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit teilweise von der ursprünglichen Staatsangehörigkeit abhängen, variieren die Einbürgerungsquoten stark je nach Herkunftsregion. Die meisten seit Langem ansässigen Eingewanderten, die in Europa, Nordamerika oder Ozeanien geboren wurden, besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Für 74 % bzw. 56 % der Migrant*innen aus asiatischen und afrikanischen Ländern ist dies hingegen der Fall.

ESS-Daten für 2012–2020 zufolge gaben mehr als drei Viertel der Eingewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit an, an den letzten Wahlen teilgenommen zu haben, im Vergleich zu ungefähr neun Zehnteln der im Inland Geborenen. Damit liegt Deutschland zwar vor vielen anderen Hauptzielländern, erreicht aber nicht die hohen Wahlbeteiligungswerte der Eingewanderten in den skandinavischen Ländern sowie in Belgien, wo Wahlpflicht besteht.

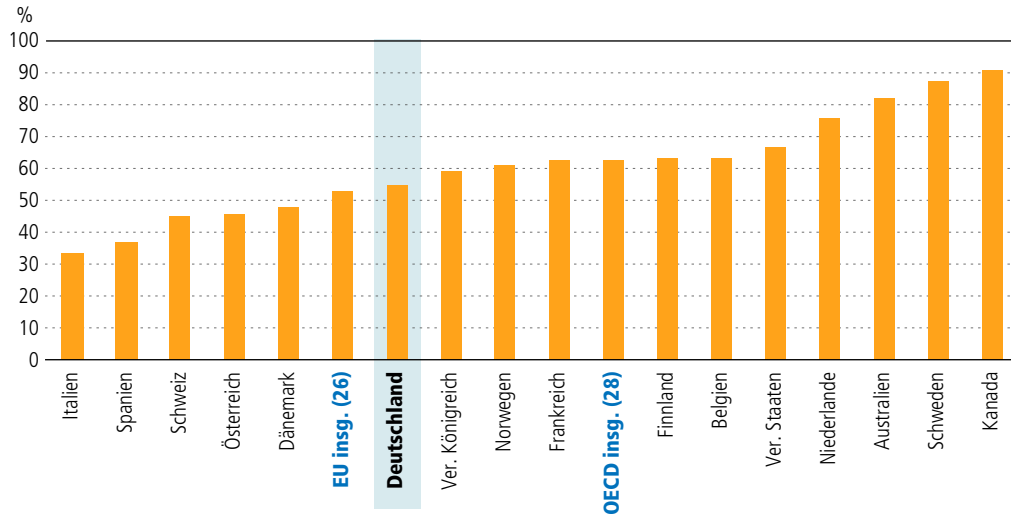
Am größten ist der Abstand bei der Wahlbeteiligung zwischen im Inland geborenen jungen Menschen (im Alter von 18 bis 34 Jahren) mit eingewanderten Eltern und Gleichaltrigen mit im Inland geborenen Eltern (72 % gegenüber 87 %). Dennoch sind sowohl die Werte für die Wahlbeteiligung junger Menschen mit eingewanderten Eltern als auch diejenigen für die Differenz gegenüber jungen Menschen mit im Inland geborenen Eltern im internationalen Vergleich relativ gut. Hinzu kommt, dass die Wahlbeteiligung Eigenangaben zufolge zwischen 2002–2010 und 2012–2020 zwar bei den Eingewanderten und den im Inland Geborenen deutlich gestiegen ist, dass die stärkste Verbesserung aber bei jungen Menschen mit eingewanderten Eltern zu beobachten war – mehr als 10 Prozentpunkte.



Abbildung 22

Knapp über die Hälfte der Eingewanderten mit mehr als zehn Jahren Aufenthalt sind deutsche Staatsangehörige

Staatsangehörige des Aufnahmelandes unter Eingewanderten mit mindestens zehn Jahren Aufenthalt, Personen ab 15 Jahren, 2010 und 2020



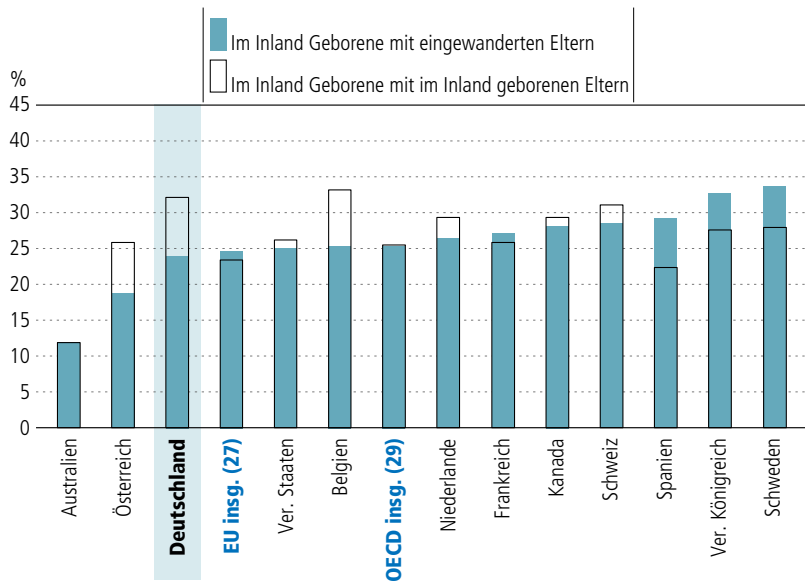
Quelle: EU-AKE 2020 (2019 für das Vereinigte Königreich). Australien und Kanada: Zensus 2016. Vereinigte Staaten: ACS 2019.

Im Inland geborene junge Menschen mit eingewanderten Eltern sind in Deutschland im öffentlichen Sektor (öffentliche Verwaltung, Gesundheitsversorgung, soziale Einrichtungen und Bildungswesen) ebenfalls unterrepräsentiert. Dies gilt zwar für die meisten Hauptzielländer, die Unterrepräsentation ist in Deutschland jedoch besonders stark ausgeprägt: Weniger als ein Viertel ist im öffentlichen Sektor beschäftigt, im Gegensatz zu fast einem Drittel dieser Altersgruppe mit im Inland geborenen Eltern (**Abbildung 23**).

Abbildung 23

Junge Menschen mit eingewanderten Eltern sind im öffentlichen Sektor in Deutschland unterrepräsentiert

Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, erwerbstätige 15- bis 34-Jährige, 2020/2021



Anmerkung: Die Zahlen für das Vereinigte Königreich sind nicht vollauf mit denen anderer Länder vergleichbar, da die Unterscheidung zwischen Kindern eingewanderter Eltern und Kindern im Inland geborener Eltern auf Eigenangaben zur ethnischen Zugehörigkeit beruht.

Quelle: EU-Länder: EU-AKE 2021. Australien und Kanada: Zensus 2016. Vereinigtes Königreich: Nationale AKE 2020. Vereinigte Staaten: CPS 2020.



Neben Diskriminierung und unzureichenden persönlichen Netzwerken kann auch die Tatsache, dass viele im Inland Geborene mit eingewanderten Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, dazu führen, dass es ihnen schwerfällt, Zugang zu bestimmten Bereichen des öffentlichen Sektors zu erlangen. Das hier in Deutschland festzustellende Gefälle steht im Kontrast zu der Überrepräsentation junger Menschen mit eingewanderten Eltern im öffentlichen Sektor des Vereinigten Königreichs und Schwedens, wo seit zwei Jahrzehnten eine gezielte Diversitätspolitik verfolgt wird.

Der Anteil der im Inland Geborenen mit eingewanderten Eltern, die im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, ist in Deutschland aber dennoch seit 2008 um 6 Prozentpunkte gestiegen.

Eingewanderte sind in verschiedenen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements unterrepräsentiert, so beispielsweise in Freiwilligenorganisationen. Die Mitwirkung in solchen Organisationen ermöglicht es ihnen, soziale Beziehungen zu anderen Menschen in ihrer Gemeinde aufzubauen und die Kenntnisse der Landessprache zu verbessern. Daher wird sie auch in Deutschland zunehmend als Instrument zur Verbesserung der Integration gefördert, insbesondere in Sportvereinen (**Kasten 8**). In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der Eingewanderten, die Mitglied in Freiwilligenorganisationen sind, in Deutschland um mehr als 30 Prozentpunkte gestiegen. Trotz dieser Verbesserungen ist die Differenz bei den Mitgliedschaftsquoten zwischen Eingewanderten und im Inland Geborenen in Deutschland größer als in allen anderen Hauptzielländern. Vor allem Nicht-EU-Migrant*innen sind in Freiwilligenorganisationen unterrepräsentiert. Nur rund die Hälfte ist Mitglied einer solchen Organisation, im Vergleich zu mehr als drei Vierteln der im Inland Geborenen. Unterschiedliche Mitgliedschaftsquoten zwischen Eingewanderten und im Inland Geborenen sind in verschiedenen Bereichen zu beobachten (Religion, Kunst und Kultur, Gewerkschaften, Wohltätigkeitsorganisationen usw.), am größten ist die Differenz jedoch in Sport- und Freizeitorganisationen (47 % gegenüber 30 %). Diese Diskrepanz könnte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein, z. B. Sprachbarrieren, Wissenslücken oder informelle Formen der sozialen Teilhabe in Migrantengemeinschaften.

Kasten 8 Förderung der Integration und sozialen Teilhabe junger Menschen durch den Sport in Deutschland

In Deutschland wird die Integration und soziale Teilhabe junger Menschen mit eingewanderten Eltern aktiv durch mehrere Sportprojekte gefördert. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) bietet Stützpunktvereinen Fördermittel und Qualifizierungsmaßnahmen, damit sie jungen Menschen mit eingewanderten Eltern auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene, niedrighschwellige Angebote machen können. Im Rahmen des bundesweiten DOSB-Programms „Integration durch Sport“ (IdS) erhalten über 4 000 Vereine im ganzen Land Unterstützung für Aktivitäten wie Hausaufgabenhilfe, Sprachkurse sowie Hilfe bei Behördengängen und Bewerbungen.

Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland aktiv am Projekt ASPIRE (Activity, Sport and Play for the Inclusion of Refugees in Europe), an dem neun europäische Länder mitwirken und das die Integration von Geflüchteten fördern soll. Diese Initiative richtet den Fokus auf die Entwicklung eines Trainingsmoduls, das nationale und regionale Sportdachverbände in die Lage versetzen soll, Trainingsaktivitäten an die spezifischen Bedürfnisse von Geflüchteten und Eingewanderten anzupassen. Darüber hinaus hat Niederbayern (ebenso wie Österreich) Integrationspreise für Sportvereine und -projekte eingeführt, die Teilhabe und Integration fördern.

Quelle: OECD, 2021^[16].





Schlussfolgerung

Deutschland hat in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich in Integration investiert, und diese Bemühungen scheinen sich gelohnt zu haben. Die Integrationsergebnisse sind in Deutschland im internationalen Vergleich in vielerlei Hinsicht günstig. Die Unterschiede bei den Lebensbedingungen sind häufig kleiner als in anderen Ländern, und die Erwerbstätigenquoten der Eingewanderten sind im internationalen Vergleich hoch. Außerdem sprechen nahezu zwei Drittel der Eingewanderten, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben, fließend Deutsch. Vor allem aber hat Deutschland erhebliche Fortschritte bei der Integration von in Deutschland geborenen Kindern eingewanderter Eltern ins Bildungssystem erzielt. Die schulischen Leistungen dieser Gruppe sind besser als in den meisten anderen Hauptzielländern und sie sind seit den frühen 2000er Jahren deutlich gestiegen.

Doch trotz der erzielten Fortschritte gibt es noch Herausforderungen. Anders als bei den im Inland geborenen Kindern von Eingewanderten sind bei den im Ausland geborenen Schüler*innen keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Differenz zwischen den Bildungsergebnissen von eingewanderten und im Inland geborenen Schüler*innen hat sich in den letzten Jahren ausgeweitet, was auf die Schulschließungen während der Coronapandemie zurückzuführen sein könnte.

Der Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen muss ebenfalls mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dadurch könnte das Bildungsgefälle verringert werden, insbesondere im Hinblick auf den hohen Anteil von Eingewanderten (18 %), die höchstens über Grundschulbildung verfügen. Mehr als die Hälfte dieser Gruppe erreicht nach mindestens fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland kein mittleres Sprachniveau, was sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Gesellschaft mit großen Nachteilen verbunden ist.

Eine weitere Gruppe, der besondere Aufmerksamkeit zukommen muss, sind eingewanderte Frauen mit kleinen Kindern. Sie erzielen niedrigere Arbeitsmarktergebnisse als in den meisten anderen Hauptzielländern. Das hohe Beschäftigungsgefälle zwischen im Ausland und im Inland geborenen Müttern könnte sich z. T. aus Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Erwerbsarbeit sowie aus sozioökonomischen Unterschieden erklären.

Angesichts der über eine Million Geflüchteten aus der Ukraine, darunter vor allem Frauen mit Kindern, die jüngst nach Deutschland gekommen sind, und der hohen Zahl von Asylsuchenden wird die Bewältigung dieser Herausforderungen immer wichtiger.

Literaturverzeichnis

Schlüsseldokument:

OECD/Europäische Kommission (2023), *Indikatoren der Integration von Zugewanderten 2023: Settling In*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/13226de3-de>. [1]

Weitere Quellen:

BAMF (2021), „Berufssprachkurse“, Flyer, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Berufsbezsprachf-ESF-BAMF/berufssprachkurse.pdf?__blob=publicationFile&v=23. [8]

Brücker, H., Y. Kosyakova und E. Schuß (2020), „Fünf Jahre seit der Fluchtmigration 2015: Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht weitere Fortschritte“, *IAB Kurzbericht*, No. 4, <https://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0420.pdf>. [11]

Edele, A. et al. (2021), „The education of recently arrived refugees in Germany: conditions, processes, and outcomes“, *Journal for Educational Research Online*, Vol. 13/1, S. 5–16, <https://doi.org/10.31244/jero.2021.01.01>. [12]

Engzell, P., A. Frey und M. Verhagen (2021), „Learning loss due to school closures during the COVID-19 pandemic“, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Vol. 118/17, <https://doi.org/10.1073/pnas.2022376118>. [18]

FRA (2023), *Being Black in the EU – Experiences of People of African Descent*, Europäische Union für Grundrechte, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, <https://doi.org/10.2811/327480>. [23]

Giesing, Y. und B. Rude (2022), „Robots, AI, and Immigration – A Race for Talent or of Displaced Workers“, *EconPol Forum, CESifo*, Vol. 23/5, S. 20–23, <https://www.cesifo.org/en/publications/2022/article-journal/robots-ai-and-immigration-race-talent-or-displaced-workers>. [9]

Hanesch, W. (2019), *ESPN Thematic Report on In-work poverty – Germany*, European Social Policy Network (ESPN), <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=21111&langId=en>. [21]

Liebig, T. (2007), „The Labour Market Integration of Immigrants in Germany“, *OECD Social, Employment and Migration Working Papers* 47, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/238411133860>. [3]

Liebig, T. und K. Tronstad (2018), „Dreifach benachteiligt?: Ein erster Überblick über die Integration weiblicher Flüchtlinge“, *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, No. 216, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/b0cf3f35-de>. [14]

Maldonado, J. und K. De Witte (2022), „The effect of school closures on standardised student test outcomes“, *British Educational Research Journal*, Vol. 48/1, S. 49–94, <https://doi.org/10.1002/berj.3754>. [17]

OECD (2024), „What can we learn from surveys on the social integration of immigrants?“, *Migration Data Brief, No. 12*, OECD, Paris, <https://www.oecd.org/els/mig/What-can-we-learn-from-surveys-on-the-social-integration-of-immigrants-Migration-Data-Brief-April-2024.pdf>. [22]

OECD (2023), „Ergebnisse der zweiten Runde einer Onlinebefragung unter Fachkräften im Ausland“, Zusammenfassung, OECD, Paris, <https://blog.oecd-berlin.de/wp-content/uploads/2023/07/Wichtigste-Ergebnisse-zweite-Welle-Fachkraeftebefragung-Your-way-to-Germany.pdf>. [6]

OECD (2023), *International Migration Outlook 2023*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/b0f40584-en>. [10]

OECD (2023), *Introduction Measures for Newly-Arrived Migrants*, Making Integration Work, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/5aeddbfe-en>. [2]

OECD (2023), *PISA 2022 Ergebnisse (Band I): Lernstände und Bildungsgerechtigkeit*, PISA, wbv Media, Bielefeld, <https://doi.org/10.1787/65cfc31c-en>. [15]



- OECD (2022), „What has been the impact of the COVID-19 pandemic on immigrants? An update on recent evidence“, *OECD Policy Responses to Coronavirus (COVID-19)*, OECD Publishing, Paris, <https://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/what-has-been-the-impact-of-the-covid-19-pandemic-on-immigrants-an-update-on-recent-evidence-65cfc31c/>. [20]
- OECD (2021), *International Migration Outlook 2021*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/29f23e9d-en>. [5]
- OECD (2021), *Sprachförderung für erwachsene Zugewanderte, Making Integration Work*, OECD Publishing, <https://doi.org/10.1787/03ffd226-de>. [7]
- OECD (2021), *Young People with Migrant Parents, Making Integration Work*, OECD Publishing, <https://doi.org/10.1787/6e773bfe-en>. [16]
- OECD (2020), „What is the impact of the COVID-19 pandemic on immigrants and their children?, OECD Publishing, Paris, <https://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/what-is-the-impact-of-the-covid-19-pandemic-on-immigrants-and-their-children-e7cbb7de/>. [19]
- OECD (2017), *Nach der Flucht: Der Weg in die Arbeit – Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland*, OECD, Paris, <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/Arbeitsmarktintegration-von-Fluechtlingen-in-Deutschland-2017.pdf>. [13]
- OECD (2017), *Erfolgreiche Integration – Evaluierung und Anerkennung ausländischer Qualifikationen*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264278288-de>. [4]





Stand der Integration von Eingewanderten – **Deutschland**



OECD Publishing, 2024
2, rue André-Pascal, 75775 PARIS CEDEX 16
Diese Veröffentlichung ist online verfügbar unter: bit.ly/458gWuu

STAND DER INTEGRATION VON EINGEWANDERTEN



INTEGRATION